Nr. 432

18. September 1997

INTERNET

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Diesmal Infos zu:

[der H@userMob]

Hallo Leute,
es wird Herbst, und eine Menge an Aktionen vor allem im Anti-AKW- und Antifa-Bereich stehen an. Noch einige Seiten zu berlinaktuellen Themen und diese Ausgabe ist schon voll! Und vieles bleibt übrig, der Aktualität geschuldet, gerade auch inhaltliche Beiträge. Das schmerzt uns schon sehr, ist aber bei der momentanen zweiwöchentlichen Erscheinungsweise manchmal nicht zu verhindern. Denkt bitte gerade auch bei Terminen an den 2-Wochen-Rythmus, der bleibt erstmal so.

In eigener Sache erreichten uns mehrere erzürnte Reaktionen zu vorhergehenden Nummern:

1) "Hallo, daß hier in Berlin immer u. immer wieder Frauen gegen Folter und Tod in türkischen Gefängnissen protestieren, bis auf eine Handvoll von der deutschen Linken ignoniert..., daß einevon diesen Frauen in Solidarität mit den Angehörigen der Verschwundenen selber verhaftet wird, demnächst ihren Prozess hat und 12 Jahre Gefängnis befürchtet werden müssen, daß diese Frau Folterspuren im Gesicht hatte nach den ersten Tagen Polizeihaft, das wißt ihr auch. Und schmeißt dasInfo in den Ordner. Die Zeitung wäre anders rausgekommen, wenn eine Jutta oder ein Werner das durchgemacht hätten bzw. das vor sich haben, was diese türkische Genossin aus Berlin vor sich hat. Und ihr erwartet Solidarität gg. eure Kriminalisierung? Geschenkt!"

Anmerkung dieser Redaktion: Aufgrund verschiedener Redaktionen wissen wir von dem speziellen Fall nichts, drucken das aber erstmal so ab.

2) zur Nichtveröffentlichung eines Beitrages über "Legendenbildung bezüglich Bullen/Zivieinsätzen am ersten Mai 97"

Anmerkung dieser Redaktion: Die von euch angezweifelten Steinwürfe eines Zivis auf einen Wasserwerfer während der Demo sind auch für uns glaubwürdig belegt. Ihr wollt doch wohl nicht allen Ernstes die Namen des/der InformantI(n)n(en).

3) zu Veröffentlichung, Kommentar, Reaktion auf den Artikel "Vergewaltigung in der Tierrechtsszene" (Nr. 430/431)

Anmerkung dieser Redaktion: Hier dauert die Diskussion dazu weiter an. Aus diesem Grund werden wir auch zwei weitere Zuschriften dazu verschieben.

INHALT:



Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Vorbemerkung
Schon vor einiger Zeit erreichte uns ein Brief von einem der drei Männer, die als angebliche Mitglieder der Gruppe KOMITEE gesucht werden. Aufgrund gewisser Unklarheiten und eigener Schlampigkeiten kommt er erst jetzt an die Öffentlichkeit, wofür wir uns hiermit vielmals entschuldigen! Wir denken aber, daß sein Inhalt durch die Verzögerung nicht an Wert verloren hat...

Hallo Szene,
Jetzt, da ihr diesen Brief von mir in den Händen haltet, dürften fast zwei Jahre vergangen sein, seitdem die Gruppe K.O.M.I.T.E.E. im Frühjahr '95 versucht hat, den im Bau befindlichen Abschiebeknast Grünau in die Luft zu jagen. Ich bin einer derjenigen, (Peter, Bernd oder Thomas?) die sich als Folge der Ereignisse jener Nacht dazu entschieden haben, sich dem Zugriff der ermittelnden Behörden zu entziehen. Ob ich oder sonstwer irgendetwas mit dem damaligen Vorhaben dieser Gruppe zu tun habe oder nicht, soll an dieser Stelle weder mich noch andere interessieren.
Doch die SoKo Osterei wird es sicherlich trotzdem interessieren, was sie aus diesem Brief an Fahndungs- und Vorwurfsmaterial herausziehen kann. So entsteht mein Brief sowohl unabhängig davon, was ich in der Nacht vom 10. auf den 11.4.1995 tatsächlich gemacht habe, als auch unabhängig davon, was ich für ein politisches Verhältnis zu Gruppierungen wie dem Komitee habe. Nur eines sei hiermit klar gesagt:
Ich werde mich nicht von dem Vorhaben dieser Gruppe in jener Nacht distanzieren, da auch ich der Meinung bin, daß diejenigen die Terroristen sind, die Straf-, Zurichtungs- und Abschiebeknäste bauen lassen, und nicht diejenigen, die sie sprengen wollen. Darin sind wir uns doch einig, oder!

WARUM DAS GANZE

Bis vor ca 4 Monaten war ich mir relativ sicher, daß ich mich aus dieser Fluchtsituation heraus nicht zu Wort melden würde, zumindest nicht auf der Ebene, die auf meine bisherigen Erfahrungen eingehen würde. Zu groß erschien mir die Gefahr, den Fahndungsbehörden in die Hände zu spielen. Ich hatte daß Gefühl, wenn ich alles weglassen würde, was mich oder andere in irgendeiner Art gefährden könnte, nach außen ein Bild desorientierter Frustration entstehen zu lassen, was meiner tatsächlichen Situation nicht entspräche.
Während dieser Zeit begann ich, mich mit Biographien politisch verfolgter linker Frauen und Männer, die ins Exil gingen/gehen mußten, zu beschäftigen. Alle hatten sie über sehr interessante Erfahrungen zu berichten, ich selber konnte mich jedoch in keiner dieser Biographien wiederentdecken, da die betreffenden Personen die Möglichkeiten offiziellen Asyls in Anspruch nehmen konnten. Dieser offizielle Status prägte deren Lebensrealität so, wie meine derzeitigen Realitäten von den Bedingungen eines Lebens unter klandestinen Vorzeichen geprägt sind.
Da es mir selber sehr wichtig wäre, auf die Erfahrungen derjenigen zurückgreifen zu können, die irgendwann in ihrem Leben oder auch heute noch in einer vergleichbaren Situation steck(t)en, und ich wenig (Interviews in der Radikal, Briefe Abgetauchter aus dem Kaindl-Verfahren) finden konnte, was sich mit meiner derzeitigen Situation, ausgehend von der Position selbstgemachter Erfahrungen, auseinandersetzt, habe ich mich entschlossen, mich an die Arbeit zu machen.
Vieles von dem, was meinen neuen Alltag extrem bestimmt, wird sich in diesem Brief nicht wiederfinden, da ich darüber nichts sagen kann. So kann ich nur hoffen, daß Euch beim Lesen weniger langweilig ist, als mir beim Schreiben - Ich bin wenig zuversichtlich und entschuldige mich schon mal vorsorglich....

C'EST LA VIE, ERSTE HÄLFTE

Von dem Zeitpunkt an, da ich um meinen Haftbefehl wußte, waren die Stunden, Tage und Wochen von einer undefinierbaren Angst gezeichnet, die nahezu jede Bewegung bestimmt hat. Ich wußte ja, daß auch mein Bild sowohl bundesweit im Fernsehen, als auch in international erhältlicher, deutscher Presse zu bewundern war. Ich habe mich einige Tage nicht aus der Wohnung getraut, sowohl aus der Angst heraus, erkannt zu werden, aber vor allem aufgrund der Möglichkeit, in eine zufällige Kontrolle zu kommen und keinen Namen mehr zur Verfügung zu haben, um mich auszuweisen. In der Wohnung versuchte ich mich schwebend zu bewegen, um ja keine Geräusche zu verursachen. Ich habe viel TV geglotzt, gelesen, geschlafen, wirre Sachen geträumt und darüber nachgedacht, was ich mit der Situation denn jetzt eigentlich anfangen soll. Es war schnell klar, daß ich mich selber in dieser Situation um die nächsten Schritte nicht kümmern kann (es sei denn, ich hätte mich stellen wollen, aber das war nur für einen kurzen Zeitraum Teil der damaligen Überlegungen), und so mußte ich mich vor allem in Geduld üben, was bei den durch die Situation bedingten Kommunikationsschwierigkeiten und diversen Mißverständnissen manchmal gar nicht so einfach war.
Während der ersten Zeit war die Angst vor einem einreitenden Einsatzkommando ständig latend präsent, auch wenn diese Angst real gar nicht meiner Situation entsprach.

AUF NEUEN WEGEN

Das änderte sich in dem Moment, in dem ich eine neue Identität in den Fingern hatte und ich mich wieder auf die Straße traute. Meine Angst erkannt zu werden, war, nachdem inzwischen einige Wochen vergangen waren, gegen Null geschrumpft. Ich wußte ja um die Schnellebigkeit dieser Zeit, um den oberflächlichen Blick derjenigen, die täglich von obenuntenvornehintenrechtsundlinks mit tausenden von Informationen zugekleistert werden. Ich ging davon aus, daß die Masse der Menschen unsere Fahndungsbilder längst wieder in die Sphären ihres Hirnes verbannt hatte, wo sie alles aufbewahrt, was ihnen zuviel oder zu langweilig erscheint.
Ähnlich habe ich die Bullen eingeordnet, bei denen die meisten derer, die sich nach dem 11.4.'95 nicht ausschließlich mit der Suche nach uns beschäftigten, ja auch nur ihren 8Stundentag abreißen und eher an die nächste Bratwurst denken, als daran, daß ihnen gerade ein "mutmaßlicher Terrorist" über den Weg läuft.
Trotzdem bin ich fast in Ohnmacht gefallen, als zum ersten (und bisher einzigen) mal ein Streifenwagen aus voller Fahrt direkt neben mir anhielt und die beiden Schnösel raussprangen. Und tatsächlich hinterläßt auch heute noch jede Begegung mit der anderen Seite ein flaues Gefühl im Magen, auch wenn mir mein Kopf sagt, daß die durch mich hindurchsehen.
Eine realere Angst stellt für mich die zufällige, unerwünschte Begegnung mit Bekannten dar: eine Begegnung, die ich womöglich nicht einmal realisieren würde und so nicht auf sie reagieren könnte. Das Ergebnis könnte ein Sceneklatsch allererster Güte über Aufenthaltsort und Aussehen des XY sein. Anna und Artur halten zwar das Maul, aber welche wollten darauf schon vertrauen.....

Im großen und ganzen ist die neue Realität von vielem geprägt, was überhaupt nicht so neu ist, aber auch von vielem, was eine radikale Veränderung im Verhalten erfordert. Zum Beispiel habe ich während des letzten Jahres wahnsinnig viele Leute kennengelernt. Viele, die mir konkret weitergeholfen haben und die über meine Geschichte Bescheid wußten, aber noch viel mehr Leute, die mit meiner Flucht nichts zu zun hatten/haben, denen gegenüber ich ein wirres und hoffentlich kontrollierbares Lügengeflecht über meine Vergangenheit und Zukunft zu präsentieren habe. Für mich wird das in dem Maße schwieriger, in dem ich Vertrauen zu den "Neuen" entwickle und ich bei mir das Bedürfnis entdecke, meine wahre Identität preiszugeben.
Meiner Einschlätzung nach ist es sinnvoll, eine sehr kleine Anzahl vertrauenswürdiger Menschen in die eigenen, besonderen Lebensumstände einzuweihen, da es immer wieder nötig sein wird, wegen kleiner und größerer Hilfeleistungen auf GenossInnen "von außen" zurückzugreifen und es nötig sein wird, mit welchen offen diskutieren zu können, mit denen der/die Geflüchtete im übertragenen Sinne "die selbe Sprache spricht".
Es wird aber weitaus mehr Menschen im Umfeld geben, denen eine Lebenslüge zu präsentieren ist, die erklärt, warum du da bist, wo du bist, was du früher gemacht hast, warum du nicht wieder dahin willst, wo du herkommst und für den Fall, daß du mit aktiven Linken zu tun hast, wirst du erklären müssen, warum du selber so unaktiv bist und du wirst das wahrscheinlich auf eine Art erklären wollen, die dich nicht dein Gesicht verlieren läßt.
Ich denke, in bezug auf dieses Lügengeflecht ist es wichtig, sich eine Geschichte auszudenken, die zum "Lügner" paßt, möglichst einfach ist und ihn gleichzeitig genügend schützt.
Da die allermeisten nicht wissen, warum du jetzt in ihrer Nähe lebst, werden oft für deine neue Realität absurde Fragen gestellt.
Das geht von "kommste mit auf dieunddie Demo?" bis "warum hast du eigentlich keine Lust, Auto zu fahren?" und ist im einzelnen zwar einfach zu lösen, aber du mußt deine Geschichten im Kopf behalten und darfst dich nicht in Widersprüchen verwickeln. Ich finde das mitunter recht schwierig, aber auch immer wieder lustig, weil Schauspielerei auch so seine reizvollen Momente hat.

Eine andere Frage, die es zu klären gilt, ist die der Kleiderordnung. Du hast deine dir lieben Gewohnheiten, die du nicht aufgeben willst, andererseits ist ein Veränderungsprozeß angesagt. Ich bin in der Lösung dieser Frage sehr opportunistisch veranlagt und versuche mein Äußeres jeweils dem vorgefundenen Mainstream anzupassen. Der Mehrzahl der Leute, mit denen du zu tun hast, wird es sowieso egal sein, was du für Klamotten anhast oder ob deine Frisur dem neusten Scenehit entspricht. Du änderst also dein Äußeres (oder auch nicht), ein Vorgang, der dir zu Anfang vielleicht schmerzt. Aber in dem Maße, in dem du merkst, daß dir das neue Aussehen nicht das Lachen in deinen Augen rauben kann, wird dir das Äußere egaler werden. Die, die sich wirklich für dich interessieren, werden sich aufgrund deinens Verhaltens entscheiden, ob sie dich mögen oder nicht und wenn du dich in deinen Beziehungen früher korrekt verhalten hast (oder es zumindest versucht hast), dann wirst du es auch in einer Situation tun, die durch Illegalität und den damit verbundenen Lügengeschichten geprägt ist. Das merken die Leute und wenn man dich früher aufgrund bestimmter Eigenschaften gemocht hat, dann wird das auch in Zukunft so sein.
Ich denke, daß innerhalb der deutschen Scenen sowieso und immer noch vielzuviel Wert darauf gelegt wird, daß eine bestimmte Kleidernorm eingehalten wird. Sie drückt nichts anderes aus, als nach außen sichtbar einer bestimmten Gruppe von Leuten zugehörig und innerhalb dieser Gruppe integer zu sein. Das für sich alleine genommen stellt keine Persönlichkeitswerte dar. Verbirgt sich in der "schönen" Hülle ein Egoarsch, so wird er auf die Dauer gesehen wenig FreundInnen finden.

C'EST LA VIE. ZWEITE HÄLFTE

Weitaus schwieriger fällt es mir, die persönlichen und politischen Verluste zu begreifen und zu verarbeiten. So stellte sich bei mir eine spürbare Trauer erst nach Monaten ein, zu einem Zeitpunkt, als ich bereits dachte, die Verluste meiner langjährigen Freundschaften überwunden zu haben. Während der ersten Monate war ich dermaßen überwältigt von den Erfordernissen der neuen Situationen, daß ich kaum dazu kam, Trauer zu entwickeln. Als die Dinge sich soweit entwickelt hatten, daß ich auch für längere Zeit an einem Ort bleiben konnte, begannen sich auch neue Beziehungen zu entwickeln.
Bis dahin hatte sich meine Wahrnehmung der Verluste hauptsächlich darauf beschränkt, daß fast alles weg ist, was den früheren Alltag prägte. Die Freundschaften, Versuche kollektiver Lebensformen, der politischen Alltäglichkeiten, Geld beschaffen, das so oft gehaßte langweilige Normale - ist einfach zerplatzt wie eine Seifenblase, die ich bis dahin für stabil gehalten hatte. Was bleibt sind einige Freundschaften, die sich allerdings auch den neuen Bedingungen anpassen müssen und sich zwangsläufig verändern.
In diesem Gefühl eines "universellen" Verlustes hatte für mich die Trauer um Einzelne wenig Raum. Und vielleicht, weil ein universeller Verlust eine für mich kaum greifbare Größe war, habe ich selbst ihn nicht richtig wahrgenommen.
Aber vielleicht war das alles ja auch nur eine prima Verdrängungsleistung von mir. Muß ich mal mit meinem Psychiater reden.
Ich war halt plötzlich auf einer Reise ohne Rückkehr und um das durchzuhalten, mußte ich zunächst mal in einer bestimmten Weise funktionieren. Ich habe zwar nie gedacht, daß ich am nächsten Tag wie nach einem Alptraum wieder aufwachen würde, und dann wäre alles wieder so, wie es einmal war. Aber daß es tatsächlich und wahrscheinlich (falls die Anklage nicht in sich zusammenbrechen sollte, denn mehr als ein paar Indizien haben die Bösen ja nicht) auf lange Jahre dabei bleiben wird, daß ich nicht in meine alten Lebenszusammenhänge zurückkehren kann, hatte für mich eine Größe, bei der ich mich ziemlich schwertat, sie in ihrer ganzen Tragweite zu begreifen.
Aber zurück zu den neuen Beziehungen. Je länger ich also mit immer den selben Leuten zusammen war, desto mehr wurde mir klar, was ich mit den alten FreundInnen eigentlich verloren habe. Hier gib es niemanden, mit der oder dem ich eine jahrelange Geschichte habe, zwischen denen und mir ein Blick genügen würde, wo oft Worte überflüssig sind. Dann frage ich mich in den Momenten der Trauer und Einsamkeit, wo sie denn geblieben sind, meine Liebsten, wie es denn zu schaffen ist, daß Alte sich ändern zu lassen, es aber trotzdem in das Neue hinüberzuretten und gleichzeitig die Geduld zu haben, im Neuen die neuen Beziehungen zu finden und zu Freundschaften wachsen zu lassen, in der Hoffnung, daß nocheinmal so etwas Intensives ensteht, wie das, was es in der Vergangenheit gab.
Und je mehr ich zur Ruhe kam, desto mehr wurde mir bewußt, daß ich ein akzeptables politisches Arbeitsfeld finden muß, um mein Leben von neuem mit einer sinnvollen Aufgabe zu füllen. Es stellten sich also immer dringlicher folgende Fragen:
- Will ich tatsächlich längerfristig da leben, wo ich bin?
- Was will ich da machen?
- Was kann in dieser Situation noch eine politische Perspektive sein?
- Wie überbrücke ich am besten die Zeit, bis ich zu Entscheidungen gekommen bin?
- Wie muß ich mein bisheriges Verhalten ändern, um den Bullen auch längerfristig durch die gierigen Finger zu schlüpfen?

Um die Zeit zu überbrücken habe ich damals relativ schnell angefangen, zukunftsorientiert zu lernen. Ich denk, diese ersten Monate, (in Bezug auf eine Lebensentscheidung kann das durchaus auch länger dauern, wie ich nach fast zwei Jahren leider immer noch feststellen muß) die man benötigt, um sich in Ruhe für eine längerfristige Lebensperspektive entscheiden zu können, sollte man nutzen, um es sich gutgehen zu lassen und Dinge nachzuholen, die man immer schon machen wollte, sofern sie unter den veränderten Bedingungen noch möglich sind. Du muß es irgendwie schaffen, zur Ruhe zu kommen, um wohlüberlegte Entscheidungen für deine weitere Zukunft treffen zu können.
Ein spürbarer Unterschied zu früher ist, daß du plötzlich über eine ungeheure Menge Zeit verfügst, die erstmal gefüllt werden will. Du hast keine Dates mehr, der Gang aufs Sozi erübrigt sich, die alten Lohnarbeiten sind nicht mehr und du fragst dich, was du mit all der Zeit anfangen sollst, während der du früher deinen FreundInnen die Ohren vollgejammert hast.
Wie wäre es zum Beispiel damit, die Marxschen Analysen auswendig lernen oder all die Romane lesen, die du immer schon mal lesen wolltest? Du kannst versuchen, all den Schlaf nachholen, den du in den letzten Jahren versäumt hast und zwischen den Schlafperioden deinen Stil im Dartspiel zu verfeinern. Du kannst die Sprache lernen, die du immer schonmal lernen wolltest oder du kannst für den nächsten Marathon trainieren. Du wirst sicherlich etwas nachzuholen haben, was dir Freude bringt und dir zudem noch nützlich erscheint. Ich denke, daß es überlebenswichtig ist, sich mit Dingen zu beschäftigen, die dir wichtig sind und nicht einfach so in den Tag hineinzuleben, da man durch die Leere, die dabei entstehen kann, Gefahr läuft, das eigene Selbstwertgefühl zu zerstören; meiner Meinung nach eine der schlimmsten Sachen, die einem Menschen in so einer Situation passieren kann.

Wie wahrscheinlich alle, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden, habe auch ich sehr viel darüber nachgedacht, was für mich eine lebenswerte Zukunftsperspektive sein kann.
Sich diesem Problem zu nähern, gibt es meiner Meinung nach mindesten drei Möglichkeiten:

1) Mir ist die Lebensform am wichtigsten und ich will auf ein bestimmtes Lebensgefühl nicht verzichten. Ich werde mich also für einen Ort entscheiden, der dem so weitgehend wie möglich gerecht wird, und mich dort entscheiden, was für eine Art politischer Arbeit dort für mich möglich ist.

2) Ich habe bisher ein bestimmtes politisches Konzept verfolgt und werde versuchen, diesen Strang weiterzuverfolgen. Folglich werde ich die Ortswahl dem politischen Konzept unterordnen.

3) Die Politik ist mir jetzt scheißegal, denn jeder Tag kann der letzte außerhalb der Knastmauern sein und ich will jetzt nur noch leben.

Wenn ich den politischen Kampf da führen will, wo sich meine kulturellen Wurzeln befinden, dann wird sich das organisieren lassen, wenn sich der Delinquent damit abfinden kann, die Art und Ebene seiner politischen Aktivität seinen veränderten Lebensbedingungen anzupassen und persönlich in der Lage ist, verantwortlich mit dieser Extremsituation umzugehen.
Und wenn ich immer schon in einem chinesischen KungFu-Kloster alt werden wollte, dann wird sich auch der Weg dahin finden lassen.
Glücklicherweise gibt es innerhalb der Linken fast zu jedem Ort Kontakte und je nachdem, wie exotisch sich die Zukunft ausgemalt wird, ist es vor allem eine Frage der Zeit, bis alles Notwendige organisiert wurde, bzw. ob es Leute gibt, die bereit sind, für derart exotische Wünsche ihre Zeit zu opfern.
Es macht meiner Meinung nach wenig Sinn, diese schematische Darstellung mit all den konkreten Beispielen zu füllen, die jede Lebensentscheidung mit sich bringen könnte. Jeder Mann und jede Frau wird sich in einer solchen Situation entsprechend seiner/ihrer Bedingungen entscheiden müssen und viele vergleichbare Situationen anders erleben, als ich. Die möglichen Zukunftsperspektiven werden entscheidend durch Geschlecht und Hautfarbe geprägt sein, desweiteren, ob es ein Umfeld gibt, daß diese Situation mitträgt oder man, wie wahrscheinlich die allermeisten der illegalen ImmigrantInnen, in einer feindlichen Umgebung auf sich alleine gestellt ist und sich das Leben suchen muß.
Ich als weißer Metropolenmann hatte als Teil der Westberliner Altlinkenscene zudem das Glück, auf weitverzweigte Strukturen und Erfahrungen zurückgreifen zu können. Die Allermeisten hätten in einer ähnlichen Situation sicherlich weitaus mehr Probleme erlebt als ich.
Meine Erfahrung ist, daß sich scheinbar vieles organisieren läßt, wenn sich welche finden, die es organisieren können (und wollen).

Dies soll das abrupte Ende meines Briefes sein. Ich konnte Euch leider nur darüber schreiben, wie ich die Zeit nach dem 11.4.95 empfunden habe. Aus sicherlich verständlichen Gründen bin ich nicht bereit, mehr über meine Zukunftspläne im Konkreten zu berichten.
Nicht geprägt ist mein Empfinden durch die viele Arbeit, die andere in die Organisierung meiner Zukunft stecken mußten, weil ich von dieser Arbeit kaum mehr als die Ergebnisse mitbekommen habe. Zu diesem Prozeß konnte ich kaum mehr beitragen, als meine Geduld, die es mir erlaubt, diese schwierige Situation ohne größere Schäden (hoffentlich stimmt das, auch darüber muß ich mal meinen Psychiater reden) zu überstehen.
Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die mir und uns geholfen haben, die Flucht hinein in ein Leben außerhalb der Knastgitter zu organisieren.
Natürlich gelten meine Grüße auch all den lieben Menschen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden wie ich und in diesem Zusammenhang ganz besonders den anderen Beiden, die aufgrund desselben Vorwurfes wie ich gesucht werden.

Viel Glück wünsche ich den Angeklagten im radikal-Verfahren

NO PASARAN

EinGedichtEinGedicht

Während des Schreibens des vorangegangenen Textes habe ich wiedereinmal gemerkt daß in der deutschen Linken viel zu wenig versucht wird, sich durch andere Mittel als durch trockene Texte zu vermitteln. Drum habe ich versucht, einen kleinen Ausschnitt meiner seit dem 11.4.95 gemachten Erfahrungen als Gedicht niederzuschreiben. Als Vortragsform hatte ich eher MusikerInnen als eine Person vor Augen, die das Gedicht vorliest.
So ist es ein Liedtext geworden. Ich bin so eitel, keine Einwände zu erheben, falls es welche geben sollte, die dieses kleine Liedchen vertonen wollen.

SoKoSoKo Osterei

Einst wars Berlin, heut ein anderer Ort
Im April '95, da mußte ich fort
Im Frühtau zu Grünau, oh welcher Frust
Lag meine Pappe, oh welcher Verlust
Lag meine Pappe umgeben von Bomben
Im falschen Moment sind die Bullen gekomben
Frustration wollt die Stimmung bestimmen
Drum laß ich meine Liedchen mit Trauer beginnen:

Mal denk ich, mir ist es egal
Ich mach Schluß, mir ist das Leben ne Qual
Dann geh ich raus, über die Stränge zu schlagen
zumindest so heftig, daß die Sinne versagen
Dann schreit die Vernunft: Verhalte dich still
Und ich füg mich, weil ich nicht hinter Gitter will

Und wenn es manchmal auch traurig ist,
Alles ist besser als U-HaftHaft.
Auch wenn du vor Trauer die Freude vergißt
Denk dran, vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Zumeist ist das Leben normal und noch schlimmer.
Die Sorgen des Alltags banal wie immer
Reicht die Kohle ist das Klo schon geputzt?
Dem Schuh fehlt ne Sohle wer hat die Küche verschmutzt?
Wie kann ich mein Leben mit Politik verbinden?
Heut Scheißegal - wird sich schon finden

Und wenn es manchmal auch langweilig ist
Alles ist spannender als U-HaftHaft
Auch wenn du vor Ödnis die Freude vergißt
Denk dran, vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Woran ich mich erfreu? Ist ne Freundschaft die hält
Ein selbstgekochtes Essen für wenig Geld
Oder in der Bekanntschaft ein neues Gesicht
Eines, das auf den zweiten Blick viel gutes verspricht
Mit dem ich beim Dritten über alles reden will
Doch weil ich vorsichtig bin, lächle ich still

Weil es falsch wär, zu schnell zu vertraun
Und warten ist besser als U-HaftHaft
Mal ist's zu spät und dann nix mit abhauen
Und vielleicht folgt auf U-Haft KnastKnast

Wie kann ich in Zukunft mein Leben ausfüllen
Ich seh in der Ferne den Sinn sich verhüllen
Will an der Linken hier partizipieren
Vielleicht mit Parolen Wände vollschmieren
Oder nem Nazi auf die Kopfhaut haun
Scheiße, das könnt mir die Zukunft versaun

Ich muß meine Wut heut kontrollieren
Denn alles ist besser als U-HaftHaft
Politisches Neuland gut organisieren
Denn auf U-Haft folgt vielleicht KnastKnast

Auch wenn ich hier draußen mal einsam bin
Die Freude vergesse, nicht mehr weiß wohin
Auch wenn ich mich quäle vor Langeweile
Und voll Anstrengung dem Vergnügen nacheile
Und grad weil's mir gut geht während der meisten Sekunden
Hab ich mich entschlossen, bleib lieber verschwunden
Es gibt keinen Grund, der Justiz zu vertrauen
Sie würden alles dran setzen, mein Leben versauen

Lieber sing ich ein Spottlied aufs Osterei
Vielleicht strengt ihr euch an, doch rollt dran vorbei
SoKoSoKo Osterei
Ihr kriegt uns nicht, es bleibt dabei
SokoSoko Osterei
Ihr kriegt uns nicht, es bleibt dabei

ERKLÄRUNG DER INTERNATIONALEN KOMMISSION ZUR BEOBACHTUNG DES PROZESSES GEGEN BENJAMIN RAMOS VEGA

Am 3. September 1997 beginnt der Prozess gegen den von der Bundesrepublik Deutschland am 5.6.1996 an das Königreich Spanien ausgelieferten politischen Gefangenen Benjamin Ramos Vega.
Wir - zwölf Rechtsanwälte, Ärzte, Professoren, Abgeordnete, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, Filmemacher, ehemalige Diplomaten in Spanien und MitarbeiterInnen von demokratischen Organisationen - haben uns zu einer Kommission zusammengeschlossen, um diesen Prozess zu beobachten.
Die Anklage der spanischen Generalstaatsanwaltschaft gegen Benjamin Ramos Vega beruht auf Aussagen, die Polizeibeamte und Zivilgardisten von den beiden Mitbeschuldigten Agurtzane Ezberra und Felipe San Epifanio durch Folter erpreßt haben. Die Strafforderung beträgt für „Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande", „Lagerung von Kriegswaffen", „Sprengstoffbesitz" sowie „Fälschung von Kennzeichen" 40 Jahre Gefängnis.

Während des Auslieferungsverfahrens hatte das Berliner Kammergericht festgestellt, daß „namhafte internationale Institutionen" wie die UN-Menschenrechtskommission, das Antifolterkomitee des Europarates oder amnesty international bestätigten, „daß in Spanien selbst in jüngster Zeit Beschuldigte mißhandelt und gefoltert worden sein sollen". Weiter hatte das Kammergericht zur Kenntnis genommen, „daß den hier in Betracht kommenden Mitbeschuldigten San Epifanio und Ezberra gleiches widerfahren sein soll. Dabei sollen die Foltermethoden von Schlägen über Elektroschocks, Überstülpen von Plastiktüten über den Kopf, Untertauchen in einem Wassergefäß bis zu Scheinerschießungen reichen". Deshalb knüpfte das Gericht im Urteil vom 27.12.1995 die Auslieferung von Benjamin Ramos Vega an die Einhaltung folgender Bedingungen durch die spanischen Behörden:

I. eine Inhaftierung ohne Isolation und gemäß den Rechten eines Untersuchungsgefangenen
II. eine adäquate medizinische Behandlung der HIV-Infektion von Benjamin Ramos Vega
III. das Verbot, in einem Strafprozess gegen Benjamin Ramos Vega Aussagen zu verwenden, die Polizeibeamte durch Folter von den Mitbeschuldigten erpreßt haben.

I. *Entgegen der Forderung des Berliner Kammergerichts* verweigern die spanischen Behörden Benjamin Ramos Vega die Rechte eines Untersuchungsgefangenen. Obwohl er nicht verurteilt ist, sitzt er in einer Strafhaftabteilung des Gefängnisses Alcalá Meco ein, wo er zudem mehrfach isoliert wurde. Benjamin Ramos Vega ist - ohne verurteilt zu sein - schon über zweieinhalb Jahre im Gefängnis.
II. *Entgegen der Forderung des Berliner Kammergerichts* verweigern die spanischen Behörden Benjamin Ramos Vega eine adäquate medizinische Behandlung. Monatelang wurde ihm eine ärztlich verordnete Diät sowie ein zur HIV-Therapie dringend benötigtes Medikament nicht ausgehändigt. Benjamin Ramos Vega ist auf engsten Raum gemeinsam mit Gefangenen inhaftiert, die an Infektionskrankheiten wie Tuberkulose leiden, was angesichts seiner fortgeschrittenen HIV-Infektion eine ständige Lebensgefahr bedeutet. Seine Immunabwehr hat sich in Haft um 70% reduziert.
Wir befürchten deshalb, daß die spanische Justiz, ebenfalls
III. *entgegen der Forderung des Berliner Kammergerichts,* im Strafprozess gegen Benjamin Ramos Vega Beweismittel verwenden wird, die durch Folter erpreßt wurden. Auf das vom Kammergericht ausgesprochene Verbot, „durch Folter während der Inkommunikation erpreßte Aussagen" zu verwenden, geht die Anklageschrift der spanischen Generalstaatsanwaltschaft mit keinem Wort ein. Im Gegenteil sind dort die Beamten, die der Folterungen an den Angeklagten beschuldigt werden, als Zeugen der Anklage benannt. Was sollen diese Männer anderes berichten als das, was sie aus den Angeklagten während der Folter herausgeprügelt haben?

Die zuständigen deutschen Behörden haben - trotz mehrfacher Aufforderung - bisher nicht dafür gesorgt, daß die dem spanischen Staat von der deutschen Justiz auferlegten Bedingungen eingehalten werden. Wir sehen es als notwendig an, dies als unahängige Sachverständige und zu unserer Sache zu machen. Es darf keinen Prozess auf der Grundlage von durch Folter zustandegekommen Beweismitteln geben. Folter muß bestraft werden und darf nicht vor Gericht als Beweismittel akzeptiert und so juristisch wie politisch legitimiert werden.
Wir fordern:
- daß im Strafprozeß gegen Benjamin Ramos Vega keinerlei Beweismittel verwendet werden, die unmittelbar oder mittelbar durch Folter zustandegekommen sind
- daß Benjamin Ramos Vega angesichts seiner fortgeschrittenen HIV-Infektion freigelassen wird, um die Möglichkeit einer angemessenen medizinischen Versorgung in Anspruch nehmen zu können.

Nicolas Becker (Rechtsanwalt, Berlin), Dr. med Volker Friedrich (Psychoanalytiker, Hamburg), Dipl. phil. Regine Girod (Philosophin, Vorstand des Bundes der Antifaschisten, Berlin), Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt und Publizist, Bremen), Constance Lindemann (Druckerin, Vorstand der IG Medien Berlin), Prof. Dr. Norman Paech (Professor für internationales Recht, Vereinigung demokratischer Juristen, Hamburg), Otto Pfeiffer (ehemaliger 1.Sekretär der deutschen Botschaft in Spanien), Volker Ratzmann (Rechtsanwalt, Vorstand des republikanischen Anwältinnen- und Anwaltsvereins, Vorstand der Vereinigung Berliner Strafverteidiger e.V., Berlin), Johannes Santen (Rechtsanwalt, Hamburg), Marion Seelig (MdA PDS, Berlin), Oliver Tolmein (Journalist, Hamburg), Peter Kleinert (Filmemacher, Köln)

Berlin, den 12. August 1997

JN-Strukturen angreifen !

Sascha Wagner, ein überregional tätiger JN-Funktionär, vor allem in Aachen bekannt, wird in letzter Zeit in Koblenz aktiv. Daß er hier nichts zu suchen hat, wird ihm nach unserer Inspektion, des von ihm genutzten Pkws (Halterin Nicole Raddaz, JN-Funktionärin) deutlich geworden sein. Uns fielen größere Mengen an Faschopropaganda (CD`s, Zeitschriften, T-Shirts, Aufkleber..) in die Hände und Sascha Wagner vermutlich die Klappe herunter, nachdem ihn die Bullen über den Zustand des stillgelegten Pkws informiert haben werden. Für die von Nachbarn alarmierten Bullen ließen wir noch einschlägiges Material liegen, vielleicht waren zufälligerweise welche vor Ort, die nicht auf beiden Augen blind waren.
Zu Aktivitäten gegen die JN in Koblenz wurde übrigens in einem an alle Haushalte des betreffenden Stadtviertels verteilten Flugis aufgerufen.

Antifa

Steine und Banken und Neubesetzungen... 31.08.97

Am Rand der Demo gegen die Räumung besetzter Häuser haben wir die „Löbecke Privatbank" in Berlin-Mitte entglast.

Das war zwar nicht so revolutionär wie unsere idealistische Vorstellung von einer militanten Aktion, aber auch nicht so schlecht wie „Nichtstun".
Die Häuserdemo in Berlin am 30.08.'97 war ein Neuanfang für eine militante BesetzerInnenbewegung, die Bullen waren so defensiv wie lange nicht. Haben sie die Wut der geräumten Menschen unterschätzt, haben sie austesten wollen, ob es „die Autonomen" noch gibt?
Wir wissen jedenfalls, daß es immer noch möglich ist, direkt in der Situation „Demo" militant in die Auseinandersetzung zwischen Menschen und der staatlichen Mördermaschine einzugreifen. Keine Zivibullen, keine AktivbürgerInnen, keine Nazis konnten uns daran hindern, eine kapitalistische Zentrale anzugreifen. Und das wird sicher nicht die letzte gewesen sein, denn niemand von uns wurde festgenommen oder verletzt.
Es ist innerhalb der radikalen Linken ein Mythos aufgetreten, der da heißt: „Wir sind ja sowieso hilflos gegenüber der Staatsmacht". „Prügelbullen und Zivis überall".
Aktionen wie unsere beweisen das Gegenteil. Deshalb fordern wir alle linksradikale Menschen auf, die Gegenmacht wieder in die eigenen Hände zu nehmen, dem Staat zu zeigen, daß es ein „Bis hierhin und nicht weiter!" gibt.
Die Hausbesetzung der Frauen und Lesben in der Marchlewskistr. (Friedrichshain) am selben Tag hat gezeigt, daß es immer noch möglich ist eine selbstbestimmte Aktion durchzuführen, die eindeutig gegen die Praxis der Spekulation mit Wohnungen gerichtet ist.
Leider wurde die Besetzung binnen kurzer Zeit wieder abgeräumt, das heißt aber noch lange nicht, daß es bei Wiederholung einer solchen Aktion nicht sehr viel militanter zugehen kann. Es gibt viele leerstehende Häuser die besetzt und über lange Zeit militant verteidigt werden können. Weder haben wir die Mainzer Str. vergessen, noch wie mensch Steine wirft, noch wie mensch Mollis baut.

Wir haben in letzter Zeit öfter von uns hören lassen, denn wir wollen in einen aktuellen Konflikt militant eingreifen: Die letzten Freiräume für eine linke Gegenkultur zu Haupstadtwahn und Sicherheitswahn, zu Rassismus und einer großen Lauschangriffgesellschaft müssen mit allen Mitteln verteidigt werden.

Wir werden noch öfter militant eingreifen.
Wir werden noch öfter von uns hören lassen.

Schnauze voll vom Polizeistaat!
Wir zeigen die Zähne, weil wir das Maul aufmachen!

Einige autonome AnarchistInnen

Wir haben in der Nacht vom 3. auf den 4. September einen Anschlag auf das Haus der BDV - Kreisgruppe Braunschweig verübt. Dabei haben wir die Fenster entglast und im Inneren einiges beschädigt.
Wir wollen damit gegen die Politik des BDV und den "Tag der Heimat" am 14.9.97 in der Stadthalle Braunschweig vorgehen.

Der BDV ist Vorreiter des deutschen Revanchismus gegenüber Osteuropa. Seine Kernforderung ist die Wiederaneignung des verlorengegangenen "Eigentums" der "Vertriebenen" in den Staaten Osteuropas. Daher werden von ihm weder das Potsdamer Abkommen noch die 2+4 - Verträge anerkannt, vielmehr wird auf ein Wiederherstellen Deutschlands in den Grenzen von 1937, wenn nicht von 1942, gedrängt. Sollte dies nicht durch Politik und Ökonomie möglich sein, so auch durch Krieg.

Eng verbunden ist der BDV mit der CDU/CSU, er erhält eine jährliche Unterstützung von der Bundesregierung in Millionenhöhe. Außerdem gibt es eine enge Zusammenarbeit mit faschistischen Gruppierungen. Vor allem schreiben Mitglieder des BDV immer wieder Artikel für faschistische Zeitschriften und Zeitungen, wie z.B. der "Jungen Freiheit".

Den BDV angreifen !
Den "Tag der Heimat" verhindern !

Einige Autonome

Ins Netz gegangen?!

Der HäuserMob im Internet



Wie politis...
ist das Privat...

wie politisch
...ein?

Wenn ein Genosse sagt: „Was hinter unserer Wohnungstür passiert, geht nur mich und meine Freundin was an!", reagieren wir alarmiert. Was hat er zu verbergen? Natürlich geht uns das was an, was er da mit seiner Freundin macht!

Wenn GenossInnen in einer Diskussion plötzlich Aus-Zeit beantragen, um die Sache erstmal mit „ihrem Zusammenhang" zu bereden, wird das im allgemeinen ohne jede Frage akzeptiert. Haben die da nichts zu verbergen? Was ist der Unterschied?

Im ersten Fall stellen wir uns vor, daß unter dem Deckmantel des Privaten heimlich Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen aufrecht erhalten werden. Im zweiten Fall gestehen wir dagegen einen Raum zu, in dem sich Meinungen in einem eher privaten Klima des Vertrauens bilden können. Dabei passiert in beiden Fällen dasselbe: Es wird der Anspruch geltend gemacht, daß nicht immer alle bei allem mitreden und vor allem mitbestimmen dürfen.

Das erscheint auf den ersten Blick wie eine Selbstverständlichkeit. Aber unsere großen politischen Programme realisieren sich nun mal vor allem da, wo es praktisch wird, nämlich in unseren alltäglichen persönlichen Verhaltensweisen und Handlungen. Und wenn die zur Privatsache erklärt werden, wird mit der Unterscheidung zwischen „öffentlich" und „privat" so etwas wie eine Sichtblende zwischen den politischen Anspruch und die praktische Wirklichkeit geschoben. Das kann leicht dazu führen, daß wir auf öffentlichem Terrain die alleranspruchsvollsten antikap-rass.-pat. Autonomen sind, die sich in ihrer grenzenlosen Radikalität gegenseitig einschüchtern, dabei aber in der (als privat erklärten) Praxis weitermachen, was uns am bequemsten ist. So kann schnell ein gigantisches Lügengebäude entstehen. Muß man/frau da nicht auf dem politisch-kritischen Blick gerade auf's sogenannte „Private" bestehen?

Andererseits, wer hält ständig den prüfenden und urteilenden Blick der ganzen Szene aus? Und was macht denn diesen Blick so unerträglich? Was macht die kritische Öffentlichkeit zur bedrohlichen Inquisition, der sich viele Autonome dann irgendwann in die endgültige Privatheit entziehen?

Wir wollen über die Forderung, das Private zu schützen und zu respektieren, und die gegenteilige Ansicht, uns gerade da, wo's „privat" wird, gegenseitig zur Verantwortung zu ziehen, öffentlich streiten und hoffen, daß ihr mitmacht!

Wie politisch ist das Private...

Dienstag, 23. September, 19 Uhr
Prenzlauer Berg, Kastanienallee 85
Veranstaltungsraum im Hinterhaus

...wie politisch soll es sein?

HALT MAL, das geht nicht...

Ihr könnt das Ex nicht einfach so aufgeben und zumachen...Wir können das Ex nicht einfach sich selbst überlassend zusehen wie es zumacht...

Das Ex ist ein sozialer Ort! Und wenn das EX nicht mehr von allen linken/linksradikalen Frauen und Männern genutzt wird, dann müssen wir das eben ändern. Oder?
Schließlich werden auch die Orte die uns gehören und die unsere sozialen Treff's sind, weniger. Entweder der Terrorgeneral macht sie platt oder der Machismo zerstört das soziale Gefüge und die Strukturen brechen zusammen, oder andere Gründe wie der Hauptstadtgelddruck, Geldverdienenmüssen oder verlorenen gegegannene Perspektiven sind verantwortlich dafür zu machen. Wenn wir uns die nächsten Jahre aber noch als größere Strukturen gegen die Unerträglichkeit des Seins erwehren wollen, brauchen wir soziale Treffs als Ort der Begegnung und des Miteinanders und des Austausches.
Das Problem, das das Ex hat ist eines über das wir alle reden müssen; in Friedelhein, Prenzelberg; Neuköln; Kreuzberg oder sonstwo...

Hat das Ex für uns noch eine Funktion; bzw. soll es wieder eine Funktion kriegen?
Ist es vorstellbar, das nur noch Einige bezahlt werden für ihre Arbeit und größere Zusammenhäng je einen Tag im Monat übernehmen um a) das Ex wieder zu einer Schnittsstelle von Begegnungen der verschiedenen kultur/politischen Strömungen zu machen b) die Bezahlten zu entlaßten, denen eher die Gesammtorganisation und Koordination des Ladens zukäme?

Auf jeden Fall bietet das Ex die Chance ein stätdisches Begegnungstreff zu sein. Als sozialer Ort, an dem neben Reflektion des Politischen in lockerer Athmoshäre ein Platz wäre, wöfür in Politgruppen oft zuwenig Platz ist. Als Raum Bekannte zu treffen, die wir sonst aus den Augen verlieren, weil die Szene so zersplittert ist und die Berührungspunkte immer geringer werden. Auch als Raum, sich von dem kleinen Alltag zu erzählen, als Raum für Alltagswehwehs und Ort für kleine Lösungen. Viele unserer kleinen Sorgen lösen sich nur im Gespräch miteinander... ein sozialer Ort eben.
Das das Ambiente des Ex als Autonome Güterbahnhofsgaststätte etwas neuen WInd vertragen könnte und die Partymusik manchmal...naja...und einige Kerle...das sei vorerst nur am Rande erwähnt...

Was das Ex als politische Struktur (Kneipenkollektiv,Lautsprecherwagen,Infostelle etc) bleiben und werden soll ist eine weitere Frage. Aber die klärt sich nur dadurch wenn über die Bedeutung des Ex als sozialer Ort und wie wichtig das Ex uns ist...Aber darüber muß geredet werden...

Wie also weiter mit dem Ex?

Ins Netz gegangen?!

Der HäuserMob im Internet

[der H@userMob]

Wie die **Interim**, das **Nadir-Archiv** und das **online Magazin trend** sind wir nun auch „ins Internet gegangen". Wir wollen euch und andere über die Situation der besetzten Freiräume in dieser Welt informieren.

Der HäuserMob ist eigentlich ein Zusammenschluß der noch besetzten Häuser aus Berlin gewesen, unser Projekt im Internet geht aber noch weiter.

Nicht nur, daß Ihr Infos über besetzte Häuser, Wagenburgen und Leerstandslisten bei uns findet, wir haben auch andere Informationen beispielsweise ein Dossier über die neue „0-Tolerance"-Linie bei der Polizei, über Umstrukturierungen und sonstige Infos aus dem linken Spektrum.
Aber auch Infos über das Internet selbst stehen bei uns auf dem Programm, nicht zuletzt das Squatten von IP-Adressen. Infos zu PGP, zur rechtlichen Situation der Zensur im Internet, über die neuen Gesetze und gegen ein Verschlüsselungsverbot wollen wir euch informieren.
Zur Zeit sind die Infos auch in englischer, niederländischer und italienischer Sprache erhältlich. Französisch und Spanisch werden hoffentlich bald folgen!

Wir präsentieren den HäuserMob jetzt im Internet, da wir denken,

- Daß so auch **andere Menschen** als immer nur die „unteren Zehntausend" die Infos über unsere Freiräume bekommen. Die Presseerklärungen die nicht abgedruckt werden, die zwei Sonderseiten zu Lady Di und daneben zehn Zeilen zur Hausbesetzerdemo (taz) kotzen uns an. **Wir wollen uns nicht immer nur auf taz und jungle world verlassen.**
- Vielleicht gibt uns die Präsenz im Internet die Möglichkeit eine **Vernetzung unter den besetzten Häusern** voranzutreiben. Die Häusertage (anders als die Wagentage) sind immer so scheiße gewesen, daß niemand mehr Lust hatte da hinzugehen.
- Die Möglichkeit **gemeinsam**, über regionale und nationale Grenzen hinweg **an einem Projekt** zu arbeiten wäre zudem durchs Internet gegeben. So wird vielleicht ein **Rechtshilferatgeber** entstehen, an dem viele Menschen aus verschiedenen Städten arbeiten. Das Internet wird dann so etwas wie eine **dezentrale Datenbank**. Die neueste Version liegt überarbeitet im Internet und muß nicht erst an die zehn anderen Projekte verschickt werden die auch mitarbeiten.
- Die **Volltextsuche** bietet uns die Möglichkeit, den Zettelberg bei uns (und bei euch) zu Hause etwas abzubauen.

Zur Zeit haben wir folgende Rubriken:

News
News spricht eigentlich schon für sich, hier findest Du alles was aktuell ist oder was wir für aktuell halten. Die neuesten Infos aus der Haus- und Wagenszene.

Berlin
Informationen über die Situation in Berlin; wie war es gestern, wie ist die aktuelle Lage, mit einem Plan der besetzten und ehemals besetzten Häuser der Stadt.

Dates
Regelmäßige Termine, Volxküchen, Aufrufe zur Demo, Konzerttips – halt ein Kalender wie mensch Ihn sich vorstellt.

Sonstiges
Hier gibt es die Rubrik „World Wide Squat", die über die Situation der besetzten Häuser weltweit berichtet, bzw. berichten soll. Auch Werbelogos vom HäuserMob findet Ihr hier.

Links
Links zu anderen Projekten und besetzten Häusern. Derzeit Hausbesetzerseiten aus Japan, St. Petersburg, Tschechei, New York, London, San Francisco, Barcelona etc. Natürlich haben wir auch einen Link zur Interim.

Kontakt
Unsere Email Adresse, der obligate PGP-Key und Informationen zu PGP.

Suche
Eine Volltextsuche über unser Dateisystem. Suchst Du den Begriff „Jörg Schönbohm" findest Du alle Texte in denen der Name auftaucht (derzeit 26 Texte)

Anders als das nadir-Archiv legen wir Wert auf aktuelle Informationen und legen unseren Schwerpunkt mehr in Richtung Haus- und Wagenszene.
Auch muß das Engagement nicht nur aufs Internet beschränkt bleiben. Allerdings: ***Was*** passiert hängt nicht zuletzt von Euch ab. Ihr müßt uns die jeweiligen Informationen erstmal schicken, damit wir sie dann im Internet präsentieren können.

Also, Leute schreibt, wenn Ihr ein besetztes Haus oder eine Wagenburg seid. Schreibt, wenn Ihr von einem besetzten Haus oder einer Wagenburg wißt. Macht Interviews, Fotos und schickt uns alles zu!

http://www.hou.net/hmob

Infos könnt Ihr uns natürlich per Email (PGP-Verschlüsselt !) zukommen lassen. Unsere Email Adresse findet Ihr auf unseren Seiten.

Flugis, Plakate, Presseerklärungen (möglichst auf Diskette) könnt Ihr aber auch an uns schicken, bzw. es bei uns in den Briefkasten einwerfen:

HäuserMob
c/o Køpi
Köpenickerstraße 137
10179 Berlin

Jetzt wird alles anders - mit dem Lauti!

Die letzten Monate...

Am 14.6.97, während der Kundgebung gegen die REPs und am 9.7.97 nach der Kundgebung vor dem SORAT-Flüchtlings-Zentraleinkauf wurde der Lautsprecherwagen von den Bullen beschlagnahmt. Vorwände dafür waren zum einen das Abspielen eines Soli-Samplers, auf dem Bullenfunk zu hören war. Zum anderen ein Redebeitrag, in dem angeblich eine Senatorin beleidigt wurde.
Der Lauti galt beides mal als Tatmittel und wurde zur „Beweissicherung" beschlagnahmt. Die Frauen und Männer, die im Wagen waren wurden vorübergehend festgenommen, teilweise verprügelt und es wird gegen sie ermittelt.

Diese Vorfälle stehen im Rahmen von zunehmender Repression und Schikanen auf Demos. Mittlerweile sind Vorkontrollen und Bullenspalier Alltag, Seit ewiger Zeit widerfährt dem Lauti vor jeder Demo eine Durchsuchung , auf der Demo sind mittlerweile Vorkontrollen und Bullenspalier Alltag , Kapuze in Kombination mit Sonnenbrille gilt als Vermummung , am 1.Mai fahren die Bullen mit einem Wasserwerfer in die Demo....

Ja, ja, die politische Situation, nicht nur in unser Stadt, spitzt sich zu, wie wir alle wissen und stundenlang darüber jammern.
Aber es ist einseitig, die Gründe nur in der Zuspitzung zu sehen. Es hat auch was mit unserer nicht vorhandenen Stärke, die die Bullen ausnutzen, zu tun.
Aber auch mit uns und unserem Demoverhalten!!

IHR

Demos werden zum größten Teil nur noch konsumiert, es wird mitgelatscht, kaum noch Leute verhalten sich bei Bullenübergriffen. Geschlossen- oder Entschlossenheit scheinen Relikte aus der Vergangenheit zu sein (ganz zu schweigen von Nicht-Verhalten innerhalb unserer Demos bei Alk, sexistischen oder rassistischen Sprüchen...).
Dieses Nicht-Verhalten geht einher mit der Repression gegen den Lauti. Oft waren wir ganz alleine mit den Bullen, während diese den Lauti durchsuchten (der Rest der Demo beobachtete das Geschehen aus sicherer Distanz). Mit 2 oder 3 Menschen ist es nur noch symbolisch, sich einer Durchsuchung zu widersetzen!
Um solche Situationen zu vermeiden, gibt es von uns unter anderem das Kriterium, daß Leute verbindlich auf einer Demo für den Lauti-Schutz zuständig sind. Diese sollten sich sofort, wenn der Wagen am Auftaktort erscheint, um den Lauti gruppieren und dableiben, bis der Lauti am Schluß der Demo wegfährt. Das hat in letzter Zeit selten geklappt. Teilweise gab es den Schutz gar nicht, teilweise gab es ihn schon - nur stand der bis zum Start der Demo irgendwo anders...(z.B. bei der Beschlagnahme auf der Anti-REP-Kundgebung).

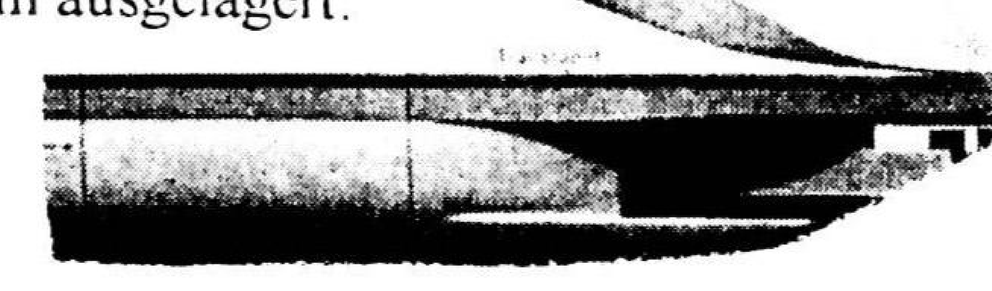
WIR

Dies lag auch daran, daß wir vom EX zu lässig mit der Vergabe des Lautis umgegangen sind. Leute kamen auf's EX-Plenum und fragten an ......zwischen unseren Plenumspunkten Bierbestellung und Putzplan, 13 zu besprechende Punkte noch vor uns, alles muß schnell und zügig gehen. Wir hatten kaum noch den Raum, inhaltlich mit den anfragenden Leuten über die zu fahrenden Demos zu diskutieren. Geschweige denn, gefahrene Demos nachzubereiten.

Und weil es eben so nicht mehr weiter geht, gilt:







Ab dem 19. September ist der Termin für Lautianfragen vom EX-Plenum ausgelagert:

wichtig!!!

LAUTI -ANFRAGEN
FREITAGS 19.00 bis 20.00 UHR
im EX

LAUTI - ANFRAGEN
FREITAGS 19.00 bis 20.00 UHR
im EX

Wir haben so mehr Ruhe und Zeit, genauer über die Demo/Kundgebung zu reden. Und Zeit, euch unsere Vergabe-Kriterien darzulegen. Wir versprechen uns von diesem Extra-Termin einen verantwortungsvolleren und verbindlicheren Umgang mit dem Lauti.
Ihr müßtet dann zukünftig mindestens 2 Wochen vor eurer Demo kurz im EX eine Nachricht im Lauti-Buch für uns hinterlassen (je eher, je besser; geht auch telefonisch: 693 58 00) und dann am darauffolgenden Freitag zu uns kommen (ausgenommen ganz wichtige Spontan-Demos).
Mit dieser Vorgabe hoffen wir, jede Demo fahren zu können, ohne zum DienstleistungsUnternehmen zu verkommen.

Für die Finanzierung des Lautis werden wir zukünftig auch euch einbeziehen müssen. Zumal wir mittelfristig einen neuen Bus brauchen, da der Gelbe Wagen bald in den Ruhestand gehen wird. Wir haben deshalb ein Spendenkonto für die Neuanschaffung und den Unterhalt des Lautis eingerichtet:

SPENDENKONTO

Förderverein Netzwerk e.V.
Bank f. Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00
Konto Nummer 3 023 300
Stichwort: LAUTSPRECHERWAGEN

Spendet reichlich, damit es weiterhin den Lauti für unsere Demos gibt!!!!!

Nichts ist unmöglich....... Spendenbescheinigung ist möglich.



Schmierer und Fensterzerkratzer künftig kräftig

Senat will von Vandalen in Bahnen und Bussen sofort Strafgelder kassieren

VON KLAUS KURPJUWEIT

BERLIN. Wer Bahnen, Bahnhöfe oder Busse beschmiert, zerkratzt oder sonstwie demoliert und dabei erwischt wird, soll in Zukunft tief in die Tasche greifen müssen. Verkehrssenator Jürgen Klemann (CDU) will einen „Schadenersatzkatalog" zusammenstellen lassen, um Vandalen ähnlich wie Schwarzfahrer behandeln zu können. Wer jetzt ohne Fahrschein erwischt wird, muß 60 Mark zahlen, wer ein Fenster zerkratzt, könnte in Zukunft 1200 Mark loswerden. Der Senat hat dem Konzept gestern bereits zugestimmt.

Wer Bahn oder Bus fährt, kennt die Bilder. Wände und Sitze sind beschmiert, Fenster zerkratzt, Polster aufgeschlitzt. BVG und S-Bahn GmbH geben im Jahr zwischen 15 und 20 Millionen Mark aus, um die Schäden zu beseitigen. Der Vandalismus und die Schmierereien haben nach Ansicht von Klemann inzwischen „alarmierende Ausmaße" erreicht. Dies dürfe und könne so nicht mehr hingenommen werden. Das Gegenmittel für ihn sind „empfindliche und damit auch abschreckende Strafen". Hier hätten die Verkehrsunternehmen noch nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt, die ihnen das Vertragsrecht biete.

Klemann schwebt vor, die einzelnen Tatbestände in einem „Schadenersatzkatalog" zusammenzufassen, der in die allgemeinen Beförderungsbedingungen aufgenommen werden sollte – ähnlich wie das Vorgehen beim „Schwarzfahren". Das Zerkratzen eines Fensters, die jüngste Vandalismus-Variante in den Fahrzeugen, könnte dann zum Beispiel 200 Mark für die Tat plus tausend Mark Schadenersatz kosten. Solche Mustertatbestände will Klemann entwickeln lassen.

Die Tat würde dann, wie bereits jetzt das Fahren ohne Fahrschein, sofort etwas kosten, ohne daß ein gerichtliches Verfahren erforderlich wäre. Hierzu müßten aber die Eisenbahn-, Bau- und Betriebsordnung sowie das Ordnungswidrigkeiten-Gesetz geändert werden, um Straftatbestände wie Verunreinigung und Beschädigung aufzunehmen.

S-Bahn-Sprecher Gottfried Köhler ist begeistert von Klemanns Vorstoß. „Er findet unsere volle Unterstützung", sagte er. Ähnlich sieht es BVG-Specherin Carmen Kirstein, die aber Bundeszuständigkeiten verwies. Im Bundesverkehrsministerium in Bonn beschäftigte man sich dagegen gleich mit dem Berliner Vorschlag.

Theoretisch könnte man auch versuchen, das Rauchverbot auf Bahnhöfen durch ähnliche Maßnahmen durchzusetzen. Wer hier trotz des Verbotes zum Glimmstengel greift und die Kippe später achtlos wegwirft, muß derzeit im schlimmsten Fall mit einem Hausverbot rechnen. Während das Rauchverbot in den Fahrzeugen meist eingehalten wird, gehört der Griff zur Zigarette auf den Bahnsteigen zum Alltag – vor allem beim langen Warten. Die Verkehrsbetriebe beschränken sich hier aber meist auf Appelle.

Für Klemann ist jedenfalls klar: „Fahrgäste haben einen berechtigten Anspruch, für ihr Geld schnell, sauber und ordentlich befördert zu werden. Wer mutwillig Schaden verursacht, soll auch dafür entsprechend bestraft werden."

600er in Brand gesteckt

BERLIN (dpa). Ein Mercedes 600 ist am Freitag abend in Friedrichshain von Unbekannten in Brand gesteckt worden. Durch die Brandbeschleuniger sei der vordere Teil der Luxuslimousine beschädigt worden, teilte die Polizei am Sonnabend mit. Ein vor dem Mercedes geparkter Nissan sei dagegen erheblich stärker zerstört worden. Die Hintergründe des Brandanschlages sind noch unbekannt.

Besetzte Häuser freiwillig verlassen

Karlsruhe (taz) – Die seit sieben Jahren besetzten Häuser in der Staphanienstraße 60 bis 64 sind geräumt. Die 53 Bewohner haben die „Steffi" freiwillig verlassen, nachdem ihnen die Stadtverwaltung von Karlsruhe Räume in der Nähe des Bahnhofes zur Verfügung gestellt hatte. Zunächst war die Räumungsfrist noch einmal um drei Tage verschoben worden, um weiter zu verhandeln. Die Gebäude in der Staphanienstraße waren die letzten besetzten Häuser in Baden-Württemberg.

Kundgebung gegen NutznießerInnen des Asylbewerberleistungsgesetzes

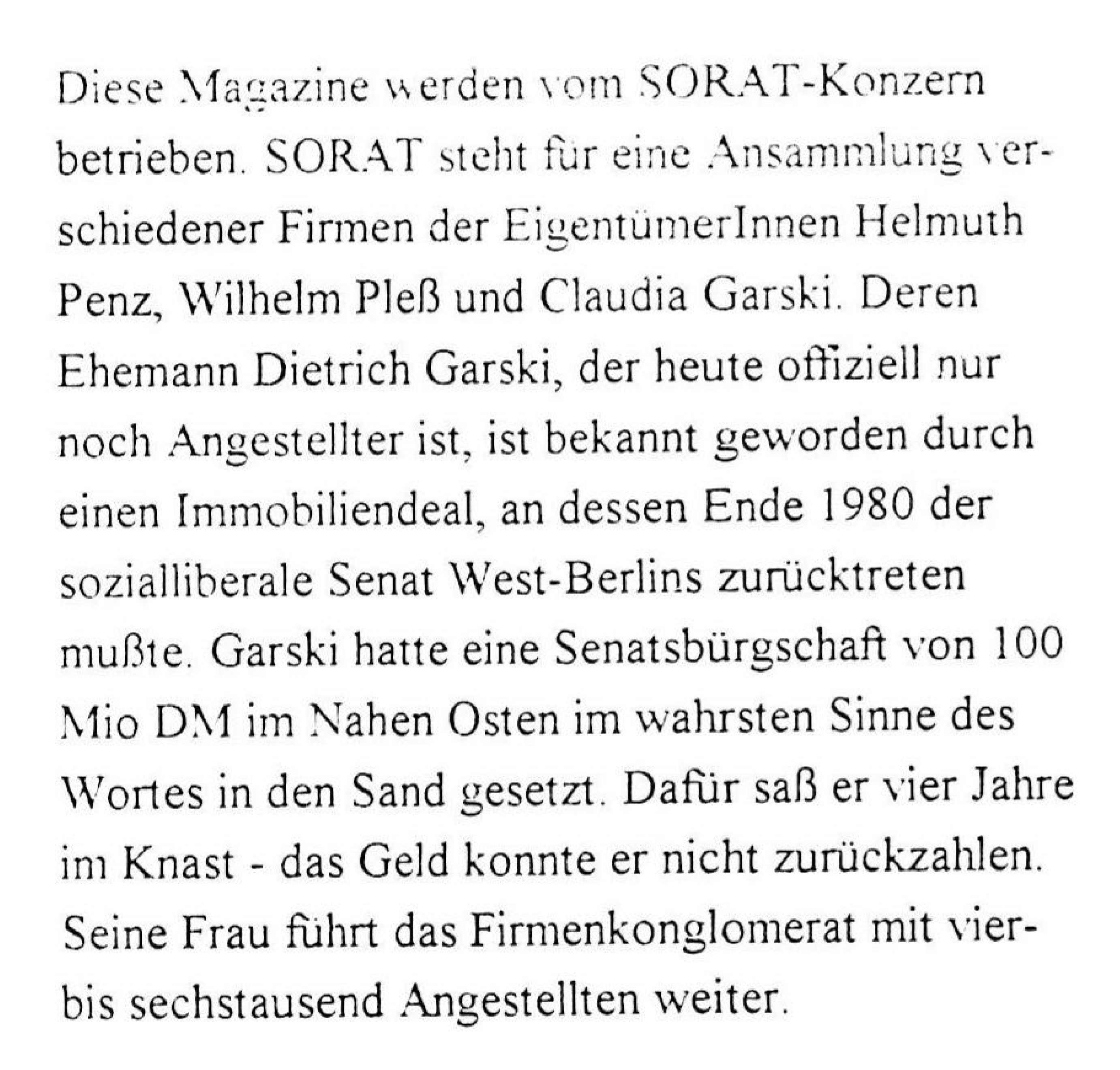
SORAT - ein Beispiel



Zum 1.6.97 wurde das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) massiv ausgeweitet. Viel mehr Flüchtlinge als bisher sind drei Jahre lang von den umfangreichen Einschränkungen, die dieses Gesetz vorgibt, betroffen. AsylbewerberInnen,Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge und alle Flüchtlinge mit einer Duldung, d.h. Menschen, die auf Zeit hier leben. Bundesweit um die 500.000, in Berlin 30.000 Menschen. Sie dürfen nicht arbeiten, haben kaum Rechte auf medizinische Versorgung und keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Das Gesetz gibt nicht zwingend vor, in welcher Form die Flüchtlinge Leistungen bekommen sollen. Doch die Berliner Sozialsenatorin ist sehr bemüht zu erwirken, daß alle Bezirkssozialämter auf das Prinzip von Sachleistungen und 80,- DM Taschengeld umstellen. Diese Sachleistungen entsprechen in ihrem Wert nicht einmal 80% des Sozialhilfesatzes. Insgesamt ist das sehr viel aufwendiger und damit teurer, als den Menschen den vollen Sozialhilfesatz auszuzahlen. Es dient einzig dazu, sie zu entwürdigen, ihnen das Leben in Deutschland möglichst schwer zu machen und sie in den Augen der übrigen Bevölkerung zu 'Menschen Zweiter Klasse' zu machen. Von dem Taschengeld können Familien z.B. noch nicht einmal Fahrkarten für Schulkinder zahlen.

Wir lehnen das AsylbLG als rassistisches Sondergesetz ab!

Zur Zeit müssen in Berlin 2.500 Menschen auf Gutscheinen."einkaufen". Die können sie in zwei Magazinen, einem in Reinickendorf, einem in Kreuzberg, einlösen. Die Magazine werden von SORAT betrieben und von SPAR beliefert. Sie müssen quer durch die Stadt fahren - auch diese Fahrkarten gehen von den 80,- DM Taschengeld ab - um das Nötigste zum Leben zu erhalten. Innerhalb kurzer Öffnungszeiten müssen Wartemarken gezogen und lange Wartezeiten abgesessen werden. Die Magazine bieten eine geringe Auswahl, die Waren sind teurer, als in den meisten Supermärkten, oft ist die Haltbarkeitszeit abgelaufen, Waren sind verdorben.



Diese Magazine werden vom SORAT-Konzern betrieben. SORAT steht für eine Ansammlung verschiedener Firmen der EigentümerInnen Helmuth Penz, Wilhelm Pleß und Claudia Garski. Deren Ehemann Dietrich Garski, der heute offiziell nur noch Angestellter ist, ist bekannt geworden durch einen Immobiliendeal, an dessen Ende 1980 der sozialliberale Senat West-Berlins zurücktreten mußte. Garski hatte eine Senatsbürgschaft von 100 Mio DM im Nahen Osten im wahrsten Sinne des Wortes in den Sand gesetzt. Dafür saß er vier Jahre im Knast - das Geld konnte er nicht zurückzahlen. Seine Frau führt das Firmenkonglomerat mit vier- bis sechstausend Angestellten weiter.

Der SORAT-Konzern schlägt aus allem, was in Berlin Beherbergung und Versorgung heißt, Profit:

- Sechs Mittelklassehotels und die Lunchbox am Potsdamer Platz für jung-dynamische TouristInnen und Geschäftsleute.
- Spekulation mit Mietshäusern verbunden mit der Vertreibung von MieterInnen, die die Wohnungen in Neubauten nicht bezahlen können.
- Obdachlosenheime, Flüchtlingsunterkünfte und die Magazine.
- Geld verdienen läßt sich natürlich auch damit, das schöne neue Berlin vor allen Menschen, die nicht ins Bild passen, zu schützen. Darum gehört zum Firmenkonglomerat auch der B.O.S.S.-Wachschutz. Der patrouilliert in der S-Bahn, tyrannisiert AusländerInnen auf öffentlichen Plätzen und macht Ein- und Ausgangskontrolle in Obdachlosenheimen und Flüchtlingsunterkünften.

Ungefähr 10% des Profits erwirtschaftet der Firmenkomplex durch das Geschäft mit den Flüchtlingen. Den Senat kostet ein Platz in den tristen Gebäuden mit einem Raum pro Familie, und minimal eingerichteten Gemeinschaftsküchen ca. 30,- DM pro Tag.

Voraussetzung für ein Gesetz wie das AsylbLG ist eine ausgeprägte Ignoranz Flüchtlingen gegenüber, wenn nicht gar eine breite rassistische Übereinkunft, in der Bevölkerung. Es ist mittlerweile allgemein akzeptiert, daß es Menschen gibt, die noch nicht einmal ein Recht auf das staatlich festgelegte Existenzminimum haben. Firmen wie SORAT gehen weiter. Sie verdienen am Elend von entrechteten Menschen.

Trotz des Widerstandes vieler Bezirkssozialämter will die Sozialsenatorin Hübner nun ein Wertgutscheinsystem für alle 30.000 Flüchtlinge einführen. Eine Catering-Firma (SODEXHO hat sich schon angeboten) würde für 1,75% des Wertes jedes Gutscheins die Verwaltung übernehmen, die Flüchtlinge könnten in verschiedenen Supermärkten "einkaufen". Die Kosten für dieses entwürdigende System wären für den Berliner Senat im Jahr rund 2,5 MIO DM (allein durch die 1,75 %). Das ist ihm die erhoffte Abschreckungswirkung wert. Und durch Verwaltung und ZwangskundInnen machen wieder viele Firmen Gewinne.

Wir nehmen die rassistische Politik der Bundesregierung und des Senats nicht hin. Und wir bekämpfen die, die die Ausgrenzung und Erniedrigung von Menschen ermöglichen. Die PolitikerInnen brauchen zur Umsetzung Firmen, die Heime und Magazine betreiben, diese beliefern oder sich am Gutscheinsystem beteiligen. Und diese Firmen brauchen die Politik, um ihre Gewinne auf Kosten der Flüchtlinge zu steigern

Wir werden weiterhin die Öffentlichkeit und die KundInnen dieser Konzerne über deren Praktiken informieren. Mit dem Ziel, daß sich viele beschweren und die NutznießerInnen zwingen, aus solchen Geschäften auszusteigen

SORAT ist nur ein Beispiel - aber ein gutes.

Am 25. 9. 97 werden wir ab 16.30 Uhr

vor dem SORAT-Hotel, Joachimstaler Str. 29 (U-Bahn Kurfürstendamm),

unter dem Motto "Die vier Seiten SORATs"

eine phantasievolle Kundgebung machen.

V.i.S.d.P.: B. Leiberecht, Straße der Pariser Kommune 1, 10243 Berlin

Mit aller Gewalt Gewalt

Das amerikanische Modell lockt: mit hartem Polizeieinsatz gegen die Kriminalität

VON RÜDIGER SCHEIDGES

Die Signale, die aus den USA eintreffen, versprechen viel: Die Zahl der Verbrechen geht seit fünf Jahren zurück, meist um drei Prozent pro Jahr. 1996 gab es elf Prozent weniger Morde zu verzeichnen als im Vorjahr, landesweit. In New York gingen Schwerverbrechen um die Hälfte zurück. Justiz, Polizeipräsidenten und Rathäuser haben sich in der Erklärung dafür auf ein Rezept geeinigt und exportieren dieses in die schlechte alte Welt: mehr Polizeipräsenz, härteres Durchgreifen, eiliges Aufräumen auf den Straßen, schnellere Urteile. Der deutsche CDU-Innenminister, der wahrscheinliche Kanzlerkandidat der SPD, einige Länder und Polizeipräsidenten greifen die frohe Kunde aus der tapferen neuen Welt auf und fordern „amerikanische Methoden". Ein „Sicherheitsnetz" soll über deutsche Großstädte gespannt werden. Aber, wie ist es möglich, daß in den USA trotz erheblicher Polizeiaufrüstung die Mordrate zwanzigmal so hoch ist wie in dem Land, in dem die Polizisten Bobbies heißen und mit Gummiknüppeln durch die Straßen schreiten? Warum ist die Mordrate in den USA immer noch zehnmal so hoch wie in Deutschland?

Gewiß, es gibt noch andere Staaten, in denen die Mordrate so hoch ist wie in den USA. Interpol nennt: Panama, Botswana und Grenada. Schlimmer als in den USA ist es „nur" in Swaziland und in Rußland. Nun wäre dies eine peinliche Liga für die USA, hier das industrialisierteste, kapitalistischste, technisch avancierteste Land dieser Welt, dort die Bananen- und Unrechtsrepubliken, in denen Banden, Mafia und Potentaten sich Land und Leute aufteilen. Beschränkt man sich auf Vergleiche, die nur die industrialisierte Welt miteinbeziehen, so sehen die USA auch nicht besser aus: Sie sind der absolute Spitzenreiter mit knapp zehn Mordopfern pro 100 000 Bürger (die von staatlicher Seite exekutierten Menschen nicht inbegriffen). Den zweiten Platz mit „nur" zwei Opfern pro 100 000 Einwohnern vergibt eine UN-Studie an Kanada, gefolgt von Australien und Singapur (1,86, bzw. 1,71 Opfer pro 100 000).

Die USA sind das einzige Land, das das Problem der eklatant steigenden Zahl jugendlicher Mörder hat. Heute killen doppelt so viele Jugendliche wie vor 15 Jahren. Die USA halten auch das weltweite Monopol bei Verbrechen, die von Unmündigen ausgeübt werden. Laut einer Studie der Northeastern University (Boston) stammen drei Viertel aller Mörder der westlichen Welt, die jünger als 15 Jahre sind, von dort.

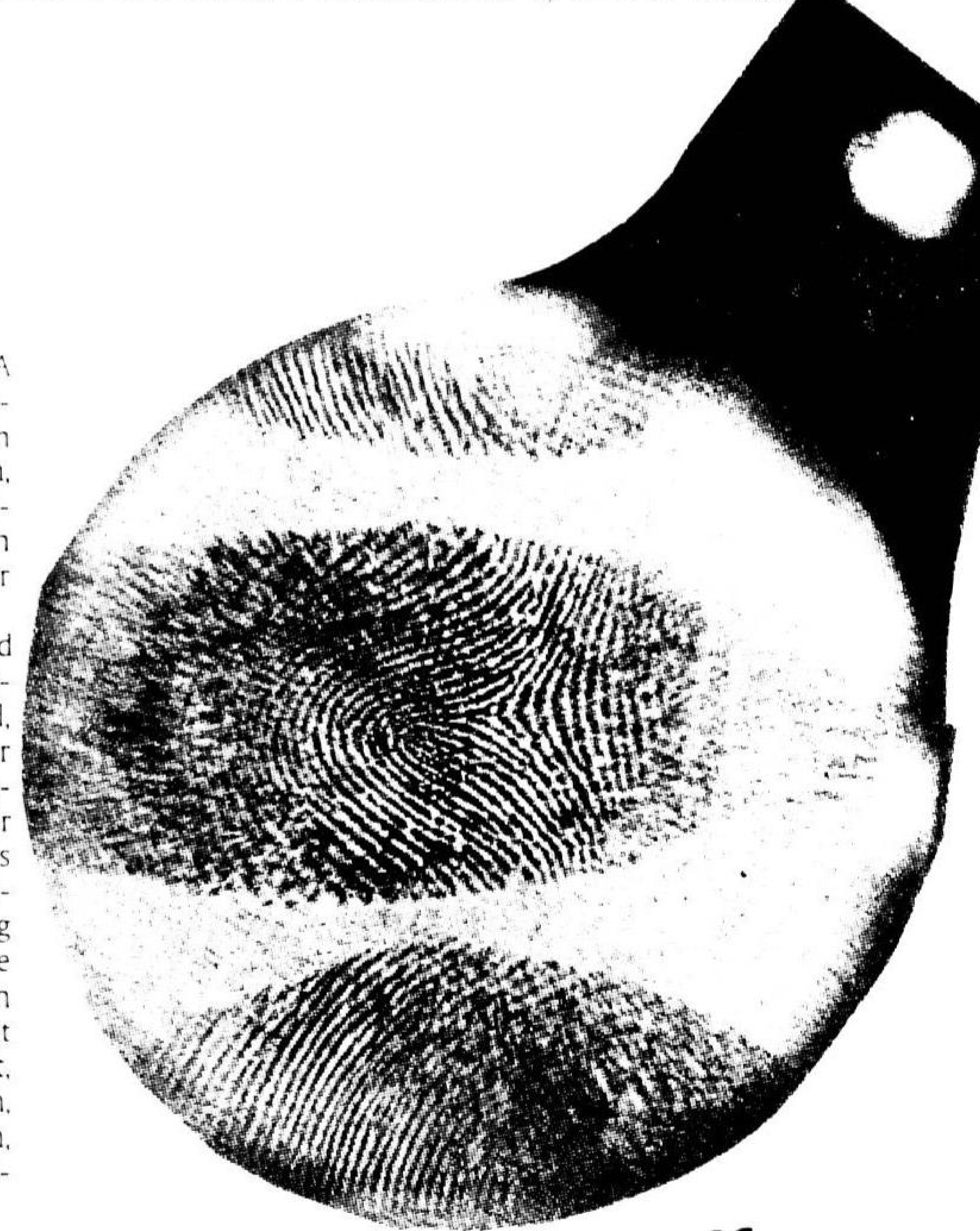
Die USA verzeichnen einen relativen Rückgang der Kriminalität, aber auf einem exorbitant hohem Gewalt-Niveau. Dabei ist die Frage, warum das Verbrechen überhaupt zurückgeht, nicht so schnell zu beantworten, wie es die Presseabteilung des New Yorker Polizeipräsidiums und auch die „law und order"- Anhänger hierzulande mit eingeübter Leichtfertigkeit tun. Der Rückgang von Gewaltverbrechen ist nicht nur in New York zu verzeichnen, das sich der harten Gangart und der flächendeckenden Polizeipräsenz rühmt. Auch in anderen Großstädten, die rein gar nichts an ihrer bisherigen Polizeistrategie geändert haben, gingen die Gewalttaten zurück, in Los Angeles stärker als in New York. Im traditionell besonders hart gegen die Kriminalität vorgehenden Washington hat sich ebenfalls nichts geändert: Die dortige Mordrate ist dort so erschreckend hoch wie vor 15 Jahren.

Die Antwort auf diesen scheinbaren Widerspruch ist so alt, daß sie im amerikagläubigen alten Kontinent nicht mehr zur Kenntnis genommen wird: Die USA erfahren seit einigen Jahren einen wirtschaftlichen Aufwind. In solchen Phasen der Prosperität, da es für arme Schichten einfacher ist, sich einen Job zum Überleben zu angeln, statt in kriminelle Energien zu flüchten, gehen die Kriminalitätsraten in allen westlichen Ländern zurück. Arbeitslosigkeit gebiert kriminelle Energie, das ist bekannt; Gewalt nimmt zu, wenn Arbeitslosigkeit in ethnisch heiklen, urbanisiert-mobilen, sozial auseinanderdriftenden Gebieten wie in den amerikanischen Großstädten grassiert.

Kommt die Wirtschaft in Fahrt, dann geht die Kriminalitätsrate automatisch

Auch demographisch hat sich in den USA einiges geändert: Das Zeitalter der „babyboomers" ist vorbei. Die geburtenstarken Jahrgänge haben jetzt die 50 überschritten, die Zeit bei Kriminellen, der Gewaltbereitschaft abzuschwören; mithin verfällt auch die einstige Korrelation zwischen Zahl der Gewalttaten und Zahl der jungen Männer.

Es ist richtig, daß deutsche Politiker und Polizeichefs die US-Polizeimethoden studieren. Dabei wäre es aber so töricht wie fatal, wollten sie sich auf die Verlautbarungen der US-Polizeibehörden verlassen. Die US-Universitäten haben besondere Abteilungen für „Criminal Justice"-Studien, das United States Center of Disease Control und die UNO haben Studien zur Kriminalitätsbekämpfung auf Lager. Das Tempo, mit dem deutsche Politiker sich den US-Methoden dennoch ungeprüft überantworten wollen, schreckt auf. Die hierbei erkennbare Bereitschaft, Symptome statt Ursachen zu bekämpfen, dem Publikum *action* statt Abhilfe zu bieten, wird sich in Zukunft wohl mit gleichbleibend hohem Kriminalitätsniveau rächen.



Ehemals besetzte Häuser angegriffen

■ Rechte Fußballfans randalieren in Brunnenstraße in Mitte

In der Nacht zum Samstag hat eine Gruppe von rechten Fußballfans die ehemals besetzten Häuser Brunnenstraße 6 und 7 in Mitte angegriffen. Mindestens vier Personen wurden so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus behandelt werden mußten.

Nach Augenzeugenberichten hatten sich bereits gegen 21.15 Uhr bis zu zwanzig Personen vor der einschlägig bekannten Kneipe „Halifax" in der Brunnenstraße 4 versammelt und Passanten angepöbelt. Eine Stunde später seien zwei junge Frauen, die ein Punkkonzert in der Brunnenstraße 6/7 besuchen wollten, von den Angreifern am Kopf verletzt worden. Anschließend hätten etwa vierzig Personen unter dem Schlachtruf „Berlin bleibt deutsch!", die Häuser mit Steinen und Flaschen beschmissen. Dabei wurden die Schaufenster von vier Läden, darunter dem Treffpunkt linker Fußballfans in der Brunnenstraße 7, zerstört. Ein junger Punk, der bereits verletzt in der Baugrube der wegen Sanierungsarbeiten aufgerissenen Brunnenstraße gelegen habe, sei mit Gehwegplatten beworfen worden.

Die Polizei traf zwar innerhalb weniger Minuten mit einem Großaufgebot ein, nahm jedoch die Steinewerfer zunächst nicht fest. Viele der Angreifer seien in Richtung der anrückenden Polizei entkommen. Ein Polizeibeamter meinte später, man hätte sich zunächst orientieren müssen.

Die Polizei riegelte anschließend das Halifax ab. Während die Jubelgesänge auf den Fußballclub „BFS Dynamo" aus der Kneipe erklangen, nahm die Polizei einzelne Gäste zur Personalienidentifizierung fest. Der Einsatzleiter vor Ort war sichtlich bemüht, „in diesem Fall, an dem wir ausnahmsweise mal an einem Strang ziehen", die meist jugendlichen Punks als Zeugen zu gewinnen. Allerdings waren nur wenige zur Aussage bereit.

Am Samstag war das Halifax, wie die Betreiber per Aushang an der vernagelten Tür mitteilten, „aus technischen Gründen geschlossen". Die Wiedereröffnung solle Mitte September in neuen Räumen in der Gartenstraße erfolgen. Nach Angaben von Nachbarn soll die Kneipe bereits zwei Tage vor dem Überfall von der Polizei geschlossen worden sein.

Gereon Asmuth

Hauptstadtwahn stoppen - Yuppie-Zentrum Kulturbrauerei verhindern!

Spätestens seit der NOlympia-Kampagne 1991-93 ist es wieder in Mode gekommen, über die Entwicklung Berlins nachzudenken. Umstrukturierung, Hauptstadtwahn, Metropolisierung sind zu gängigen Scenebegriffen geworden. Wird stadtpolitisch diskutiert, so nehmen sich die meisten Gruppen und Zusammenhänge viel vor: mindestens der Widerstand gegen Hauptstadtwahn, Innere Sicherheit oder einfach „Gegen ein Berlin der Bullen, Bonzen und Bankiers" muß es sein - darunter machen wir doch keine Politik mehr. Die InnenStadtAktionstage waren dann auch so etwas wie ein versuchter Angriff auf das Herz der neuendeckten Bestie Stadt. Theoretisch fundiert, engagiert vorbereitet und zum Teil sogar richtig witzig vorgetragen wurde die City eine ganze Woche mit unserem Protest konfrontiert. Doch leider ließen sich städtische Entwicklungen dann doch nicht von einmaligen Picknicks, Sackhüpfen in Edelpassagen und unangemeldete Raves in Kreditinstituten beeinflußen - ein nur symbolischer Protest ist eben nicht so richtig real. Solche Themen wie die Innenstadtentwicklung oder Sicherheitspolitik könnten sicher wie ein Brennglas verschiedene Aktivitäten bündeln, aber ganz sicher nicht entwickeln. Ohne eine breite Massenbewegung in den Stadtteilen ist symbolische Politik Selbstbefriedigung und Kraftverschwendung - also keineswegs ein Moment gesellschaftlicher Umwälzung... Gerade deshalb war die Stimmung, „nach jahrelangen Auseinandersetzungen in den Stadtteilen richtet sich die linke Stadtpolitik nun auf ein anderes Thema" eher kontraproduktiv. Denn - so unsere Einschatzung - in Berlin gibt es zur Zeit keine gesellschaftlich verankerten Bewegungen zu Miet und Stadtentwicklungsfragen und also auch keine Voraussetzung für eine gesamtstädtische Opposition. Deshalb finden wir es weiterhin richtig, auch die Stadtteile als Ort politischer Auseinandersetzung zu begreifen und gerade dort sozialen Konflikten auch eine politische Handlungsoption zu geben.
Die in Prenzlauer Berg und Friedrichshain breit verteilten Faltblätter („Wir bleiben Alle" und „Eine Stadt wird verscherbelt") waren also gerade deshalb ein Schritt in die richtige Richtung (gesellschaftliche Annäherung), weil sie unsere Stadtanalysen mit den konkreten Bedingungen der Bezirke verknüpften und so scenetypische Isolationen aufbrechen konnten. Da Aufklärung und Propaganda allein natürlich noch keine soziale Mobilisierung auslöst, wollen wir ein konkretes Projekt vorstellen. Wie immer in Zeiten der Krise ist es kein eigenes, sondern eins von der anderen Seite. Statt eigene Utopien zu verwirklichen, müssen wir uns erst einmal in Abwehrschlachten begeben. Doch gerade aus den Mobilisierungen gegen die „sozialen Angriffe von oben" können neue Perspektiven erwachsen.

Die KULTURBRAUEREI - Brückenkopf der Aufwertung

Das Projekt

Die Treuhand, bzw. ihre Nachfolgeorganisation TLG (Treuhandliegenschaftsgesellschaft) ist seit 1990 Besitzerin des Komplexes Schultheissbrauerei zwischen Schönhauser Allee, Knaack- und Sredzkistraße, besser bekannt unter dem Namen Kulturbrauerei. Insgesamt bietet das Areal fast 50.000 qm Nutzungsfläche, besten Verkehrsanschluß und eine Lage im Herzen des angesagten Scenebezirks Prenzlauer Berg, nur einen Steinwurf vom Kollwitzplatz entfernt.
Im Siebten Jahr nach dem Anschluß der DDR erachtet die Treuhand den Zeitpunkt nun als günstig, den Komplex Kulturbrauerei mit einem Investitionsvolumen von 100 Mio DM (!) zu einem monströsen Konsumpalast zu entwickeln. Schon jetzt wurde einnigen der bisherigen Nutzern gekündigt. Neben dem Möbelmax (Verkaufskette des ehemaligen Möbelkombinats der DDR) mußte auch der vielerort geliebte Franz-Klub und Einzelprojekte der Kulturbrauerei schließen. Geplant sind ein Multiplex-Kino mit rund 1.800 Plätzen, Edelkneipen und Freßtempel, Galerien und Ateliers, ein Sat1-Großraumstudio für Fernsehshows sowie exklusive Geschäfte für die Schickeria. Baubeginn: Herbst 1997. Zu verhindernde Einweihung: 1999.
Dies ist ein konzertierter Angriff von Kapital und Stadtplanungsstrategen auf die noch existierenden gewachsenen Strukturen in den unmittelbar angrenzenden Kiezen wie Helmholtzplatz, Kastanienallee-Oderberger Straße und Kollwitzplatz.

Die Folgen

Prenzlauer Berg ist „in": Kaum ein Berlin-Reiseführer kommt heute ohne ein Extra-Kapitel über den zur „Legende" gewordenen Stadtbezirk aus, kaum ein Lifestyle-Magazin, das nicht fortwährend schwärmt über den „funkiest part of the town". Prenzlauer Berg hat Kreuzberg längst den Rang abgelaufen, weil „hier gibt es keine Junkies, keine Türken und keine Autonomen" (Berliner Zeitung). Also keine das Image beschmutzenden Faktoren, mithin „Lifestyle ohne Weltverbesserung". Lokale Ereignisse, wie die Walpurgisnachtfeiern der Jahre 1995 und 1996 am Kollwitzplatz, stoßen auf republikweites Medieninteresse.
Jeden Monat eröffnen neue Restaurants, Bars und andere Amüsierbetriebe der kulturellen, kulinarischen und preislichen Berliner Spitzenklasse. Die zukünftige Regierungs- und Möchtegern-

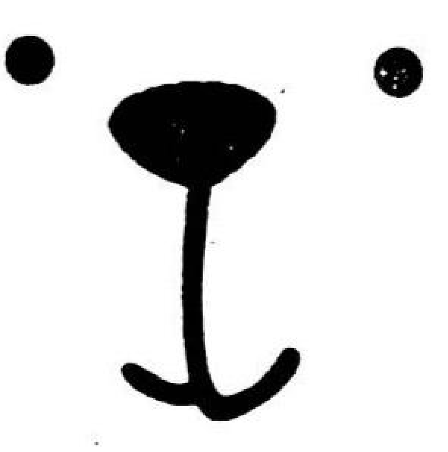
Dienstleistungsmetropole Berlin ist bestrebt, ihr im internationalen Vergleich mit New York, Paris oder London noch immer mausgraues „weltstädtisches“ Image aufzupolieren. Die attraktiven Innenstadtbezirke wie Mitte (Spandauer Vorstadt) oder Prenzlauer Berg werden genutzt, um den Leuten mit höheren Einkommen zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft noch Konsum und Kultur in der „Bronx“ zu bieten. In die Kieze ziehen Edelläden und Luxusrestaureants ein, Altbauwohnungen werden luxussaniert und als Eigentumswohnungen weiterverkauft. Parallel dazu untergräbt die Yuppie-“Kultur“ die alte Stadtteilkultur. „Neue Urbanität“ nennt sich das. Es ist wieder schick, direkt in der Innenstadt zu wohnen. Für die hier lebende Bevölkerung, eine Mischung aus Alten, ArbeiterInnen, Studis, Erwerbslosen, Freaks und Politiniks wird das alltägliche Leben unbezahlbar:
Wo früher Einrichtungen der Nahversorgung anzutreffen waren (Post, Bäckerei, Lebensmittelladen) tummeln sich heute Cocktailbars und andere Amüsierbetriebe. Trauriges Beispiel ist die Kinderbibliothek in der Wörther Straße, die einem Preisniveau von 40 DM/qm Gewerbemiete auch nicht gewachsen ist.
Dem steht der Trend von ungebrochenen Zuzügen materiell eindeutig besser Situierter entgegen. Selbst Eliten der BRD, wie Bundesbauminister Töpfer, bekunden mittlerweile ihren Wunsch, nach erfolgtem Regierungsumzug ihr Quartier in Prenzlauer Berg nehmen zu wollen.
Prenzlauer Berg als begehrten Wohnstandort zu betrachten, ist historisch etwas Neues. Lange Zeit galt der Bezirk geradezu als Inkarnation der sozialen Mißstände des „steinernen Berlin“. Bis in die 80er Jahre war Prenzlauer Berg „Arbeiterbezirk“. Hier wohnte, wer nichts besseres fand. Was heute in anheimelndem Ton als „Nische“, als „Kreuzberg des Ostens“ und aufregenste Wohngegend des Ostblocks beschrieben wird, war noch vor zehn Jahren ein heruntergekommenes Altbauviertel, das langsam zerfiel. Die besser gestellten und mobileren Teile der Bevölkerung flohen vor solchen Zuständen in die ferngeheizten Neubauviertel Marzahns, Hellersdorfs und Hohenschönhausens, bzw. in die wenigen rekonstruierten Gebiete der Innenstadt. Die Verslumung des Gebiets wurde zur Voraussetzung für eine schleichende soziale Umschichtung. Beachtlich ist das Tempo dieses Prozesses der „Gentrification“ (Wiederaneignung der Innenstädte als Konsum- und Wohnort durch Eliten bei Verteibung der alteingesessenen BewohnerInnen): was in Kreuzberg über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren eher einem latenten, schleichenden Prozeß glich, vollzieht sich hier in einem galoppierenden Rahmen von nur wenigen Jahren.

Die Kulturbrauerei ist ein exemplarisches Beispiel für Umstrukturierung und Hauptstadtwahn, Vertreibung der alteingesessenen und einkommensschwachen Bevölkerung, Sanierung, Standortpolitik und Kommerz-Kultur. In dem Maße wie selbstverwalteter Wohnraum, nichtkommerzielle Kneipen und Volxküchen sowie Kiezprojekte geräumt oder gestrichen werden, Bezirke wie Neukölln oder Teile von Kreuzberg der „Verslumung“ preisgegeben werden, soll hier den zukünftigen Eliten, Yuppies und Bonner BeamtInnen ein Freizeitpark in Glas und Beton gegossen werden.

Unsere Antwort
Der geplante Umbau der alten Brauerei kann und sollte verhindert werden. Für eine solche Kampagne sprechen folgende Punkte:
- Am Beispiel „Kulturbrauerei“ läßt sich nicht nur symbolträchtig, sondern auch sehr praktisch eine Auseinandersetzung mit den Entwicklungen im Bezirk vorantreiben.
- Bereits jetzt haben viele AnwohnerInnen der Kneipenviertel im Bezirk die Schnauze voll. Themen wie Aufwertung, Verdrängung und Yuppiekultur stoßen auf eine breite Akzeptanz. Bereits seit einigen Monaten gibt es im bürger- und mieterbewegten Spektrum Diskussionen und Protest (neben Verdrängungseffekten stehen vor allem Verkehrsprobleme im Vordergrund) - Ansätze für Bündnisse sind also vorhanden.
- Eine Auseinandersetzung zu einem konkreten Projekt (Kulturbrauerei) mit einen klarem Ziel („kein Yuppiezentrum“) kann zum Ausgangspunkt für eine längerfristige Mobilisierung in den Vierteln werden.
- Durch die Zusammensetzung der Projektträger sind auch thematische Anschlüsse möglich. Vom Kiezkampf zur gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung. Im Osten ist die Treuhand immer noch wichtiger Focus zur Erklärung der ökonomischen und sozialen Bedingungen und auch die Frage nach Entscheidungsträgern (Wem gehört die Stadt?) kann wieder mal gestellt werden.

Wir würden uns in der nächsten Zeit mit konkreteren Vorschlägen an die interessierte LeserInnenschaft wenden. Bis dahin könnten ja erste Reaktionen signalisieren, ob unsere Analysen und Ideen völlig schwachsinnig klingen oder diskutabel erscheinen.

Autonome HauptstadtgegnerInnen



Radikal, nicht kriminell

Koblenzer Oberlandesgericht stellt Verfahren gegen vier mutmaßliche Redakteure der autonomen Zeitschrift radikal *ein*

Die Botschaft ist unmißverständlich: Bei den Mitarbeitern der verbotenen Zeitschrift *radikal* handelt es sich nicht um Mitglieder einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 des Strafgesetzbuches. Mit dieser Kernbegründung stellte das Koblenzer Oberlandesgericht (OLG) das Verfahren gegen vier angebliche Redakteure des autonomen Blattes vor wenigen Tagen ein. Für Andreas Ehresmann, einen der Beschuldigten, ist diese Rechtsprechung »der wichtigste Erfolg« des Verfahrens. Der Versuch der Karlsruher Bundesanwaltschaft (BAW), eine linke Zeitung pauschal zu kriminalisieren, sei durch den Beschluß »abgewehrt worden«.

Mit dem Entscheidung der Koblenzer Richter endet ein fast vierjähriges Verfahren gegen die vier Angeschuldigten, die am 13. Juni 1995 im Rahmen der bundesweiten Razzia gegen »linksradikale Strukturen« festgenommen worden waren und anschließend ein halbes Jahr hinter Knastmauern verschwanden. Als Bedingung für die Einstellung erlegten die Richter den Männern aus Berlin, Hamburg, Lübeck und Münster auf, jeweils 1 000 Mark an medico international zu zahlen und keine Anträge auf Haftentschädigung zu stellen. Das OLG begründete diese Auflagen damit, daß die »kriminelle Vereinigung« zwar vom Tisch sei, die Angeklagten jedoch möglicherweise mehrfach gegen das Presserecht verstoßen hätten.

Die BAW hatte hingegen ihre gesamten Ermittlungen und die Haftbefehle auf die Rechtsauffassung gestützt, bei den MacherInnen der *radikal* handele es sich um eine kriminelle Vereinigung. Diese habe es sich zum Ziel gesetzt, für terroristische Vereinigungen zu werben. Besonders die Veröffentlichungen von Anleitungen für Sabotage-Anschläge und von Bekennerschreiben militanter Gruppen hatten die *radikal* ins Fadenkreuz der Ermittler gerückt.

Die AnwältInnen der vier Beschuldigten teilten in einer gemeinsamen Erklärung mit, sie sähen sich durch den Beschluß »in ihrer Kritik an der pauschalen Kriminalisierung der Zeitschrift *radikal* bestätigt«. Es sei nun »zu hoffen, daß sich der Generalbundesanwalt zukünftig zu einer gehörigen Respektierung der Pressefreiheit angehalten sieht«.

Die bundesweite Solidaritätsbewegung gegen die *radikal*-Anklagen geht in einer gemeinsamen Stellungnahme davon aus, daß der Beschluß »richtungsweisende« Bedeutung haben wird. In Düsseldorf, Berlin und Kiel laufen weitere Verfahren gegen Personen, denen vorgeworfen wird, in der »kriminellen Vereinigung« *radikal* Mitglied gewesen zu sein. Daneben hatte die BAW versucht, auch die RedakteurInnen der autonomen Wochenzeitung *Interim* in die Nähe einer kriminellen Vereinigung zu rücken.

Die Zustimmung zur Verfahrenseinstellung gegen Geldbuße bewerten die Soligruppen als »geringeres Übel«. In ihrer gemeinsamen Erklärung heißt es: »Damit wir den Prozeß für uns hätten offensiv nutzen können, hätte es einer unterstützenden, mindestens aber interessierten Öffentlichkeit bedurft. Diese anfänglich erhoffte Unterstützung durch ein breites politisches Spektrum blieb allerdings weitgehend aus.« Problematisch an der Einstellung sei, daß »eine Geldstrafe und der Verzicht auf eine Haftentschädigung interpretierbar« sei »als Eingeständnis, zu Recht eingeknastet worden zu sein«.

Dem unspektakulären Ausgang des Koblenzer Verfahrens war eine beispiellose Ermittlungstätigkeit vorausgegangen. Im Herbst 1993 hatte das rheinisch-pfälzische Landeskriminalamt im Rahmen des längsten bekanntgewordenen Lauschangriffes der bundesdeutschen Geschichte ein Treffen der *radikal*-Redaktion in der Eifel mitgeschnitten. Anschließend wurden vermeintliche TeilnehmerInnen der Sitzung anderthalb Jahre lang selbst in den letzten Winkel ihres Lebens observiert: Versteckte Kameras wurden gegenüber ihren Wohnungen angebracht, Post geöffnet, Telefone abgehört und die Bewegungen auf ihren Bankkonten unter die Lupe genommen.

Die im Herbst 1993 begonnene Mammutobservation endete erst, als am 13. Juni 1995 bundesweit 55 Wohnungen und linke Einrichtungen von der Polizei auf den Kopf gestellt und vier der vermeintlichen Redaktionsmitglieder verhaftet wurden. Vier weitere Beschuldigte konnten sich der Verhaftung entziehen, tauchten ab und stellten sich im vergangenen Jahr den Verfolgungsbehörden. Ob das gegen sie und eine weitere Frau vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht anhängige Verfahren ebenfalls eingestellt wird, ist noch offen.

Die Festgenommenen, deren Verfahren jetzt endet, blieben unter isolierenden Verwahrungsbedingungen knapp ein halbes Jahr in Untersuchungshaft. Zu Haftprüfungsterminen wurden sie wie »Top-Terroristen« vorgeführt: flankiert von auf sie gerichtete Maschinenpistolen und mit aneinandergeketteten Hand- und Fußfesseln bewegungsunfähig gemacht.

Nach der Großrazzia vom Juni 1995 fanden noch zahlreiche Durchsuchungen bei mutmaßlichen Mitgliedern und UnterstützerInnen der *radikal* statt, die mit zunehmend absurderen Rechtskonstruktionen begründet wurden. So erhielten auch Personen unangemeldeten Besuch, deren einziges Vergehen es gewesen sein soll, die *radikal* abonniert zu haben. Weitere Highlights der Verfolgungswut der Ermittler: Deutsche Kriminalbeamte durchsuchten im vorigen Dezember auf umstrittener rechtlicher Grundlage die Wohnung eines angeblichen *radikal*-Unterstützers in Holland.

Im vergangenen Januar beschlagnahmten die Ermittler den Redaktionscomputer eines damaligen Mitarbeiters der *jungen Welt* und durchwühlten in seiner Abwesenheit auch seine Privatwohnung. Kurz zuvor hatte die Berliner Staatsanwaltschaft Anklage gegen die PDS-Vizechefin Angela Marquardt erhoben, weil diese durch einen Hinweis auf die Web-Seiten der *radikal* in ihrer Internet-Homepage Straftaten gebilligt haben soll.

• *Marco Carini*



Karlsruhe, den 1.9.'97

WIR KÖNNEN AUCH ANDERS!

Wenige Tage vor Ablauf der Räumungsfrist hat uns die Stadt Karlsruhe ein Ersatzobjekt angeboten. Wir, die BewohnerInnen der Steffi, haben daraufhin entschieden, mit der Stadt über dieses Angebot zu verhandeln. Diese Entscheidung ist uns bestimmt nicht leicht gefallen - trotzdem: In der heutigen Zeit ist es sowohl für uns in Karlsruhe als auch im gesamten Bundesgebiet wichtig, selbsverwaltete Zentren und Häuser durchzusetzen, um Freiräume für linke Strukturen zu haben. Schweren Herzens können wir uns nun vorstellen, dies an einem anderen Ort, als der Steffi zu verwirklichen.

Die Stadt hat uns Teile eines Hauses angeboten, das bis vor kurzem als Bundesbahnkantine genutzt wurde. Dort könnten wir zwar weiter Vokü, Frühstück und politische Veranstaltungen organisieren, aber:

- Der angebotene Teil des Hauses ist zu klein. Für die 53 BewohnerInnen der jetzigen Steffi stünden nur 29 Zimmer zur Verfügung. Die Zimmer sind überwiegend knapp über 12 qm groß, so daß auch bei bestem Willen keine weitere Unterteilung möglich wäre.
- Das Haus kann jederzeit gekündigt werden, wenn sich ein Investor findet, der auf dem Gelände bauen will. Dies bedeutet für uns eine völlig unklare Zukunft, obwohl wir viel Arbeit und Geld in das Haus stecken müssen.
- In dem Haus sind einige kulturelle Aktivitäten, insbesondere Konzerte, nicht mehr möglich, weil die Räume nicht dafür geeignet sind.

Wir haben diese Probleme in die Verhandlungen eingebracht und auch konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet:

- Keine 150 m entfernt befindet sich eine große Lagerhalle mit Schuppen und einem Haus mit ca. 8 Zimmern. Dies alles steht leer und soll abgerissen werden. Dort könnten wir einen Konzertraum und Werkstätten einrichten und hätten zusätzlichen Wohnraum.
- Der uns von der Stadt nicht angebotene Teil des Hauses wird bisher durch die „staatliche Hochschule für Gestaltung" (HfG) genutzt. Wenn für die HfG akzeptable Räumlichkeiten gefunden werden könnten - und die Möglichkeiten dafür gibt es - stünden uns dadurch weitere 18 Zimmer zur Verfügung.

Entgegen vorheriger Zusagen durch Bürgermeister Vöhringer, über leerstehende Gebäude zu verhandeln, hat er am Montag die Verhandlungen so gut wie abgebrochen. Wir gehen jetzt davon aus, daß das „Angebot" nur eine Alibifunktion hatte, um uns für die gewaltsame Räumung der Steffi verantwortlich zu machen. *Evangelische Stadtmission* und Stadt Karlsruhe hätten ja angeblich alles getan, um eine Eskalation zu verhindern.

Natürlich werden wir auch weiterhin versuchen eine politische Lösung zu finden.

Aber aufgrund der momentanen Situation müssen wir jetzt erst recht mit einer Räumung am / ab dem 3.9.'97 rechnen!

Und eines ist klar: Unter o.g. Umständen werden wir nicht freiwillig aus der Steffi rausgehen, sondern unser Haus verteidigen - mit allen notwendigen Mitteln!

Dafür brauchen wir eure Unterstützung.

Kommt zu uns nach Karlsruhe und helft uns bei der Verteidigung der Steffi, oder unterstützt uns durch Aktionen in euren Städten.

STEFFI VERTEIDIGEN!

KEINE RÄUMUNG VON SELBSTVERWALTETEN HÄUSERN UND ZENTREN!

Wenn es zu einer Räumung kommt, wird es sofort danach und am darauf folgenden Samstag Demonstrationen geben!

Hausdurchsuchung bei Antifaschistin aus dem Raum Saarlouis

Mindestens drei Vorladungen gegen BesucherInnen des Infoladens Bambule vor den saarländischen Staatsschutz

Am 29. August 1997 fand bei einer Antifaschistin aus dem Raum Saarlouis ab 8.00 Uhr morgens eine Hausdurchsuchung statt. Der richterliche Durchsuchungsbeschluß bezieht sich auf eine Sachbeschädigung (laut LKA Farbsprühereien), die im Mai 97 stattgefunden haben soll, wurde aber erst am 10.07 ausgestellt und wiederum erst sechs Wochen später vollstreckt. Durchgeführt wurde sie von drei Beamten, darunter die Staatsschutzbullen des Landeskriminalamtes Saarbrücken *Kriminalkommisar Raber* und dem alten Bekannten *Kriminaloberkommisar Weiland*. Trotz der 1 ½ stündigen Durchsuchung der Wohnung und eines PKWs mußten die Bullen ohne auch nur das Geringste sichergestellt zu haben wieder abziehen. Besonderen Ehrgeiz zeigte dabei, wie nicht anders zu erwarten *KOK Weiland*, der es sich auch nicht entgehen lassen konnte seine Dienstwaffe zu präsentieren. Seit Jahren ist besagter *KOK Weiland* dafür bekannt, mit besonderem Eifer linken Widerstand in der Region zu bekämpfen. Ein besonders beeindruckendes Glanzstück lieferte er vor mehreren Jahren während einem Prozeß gegen eine Frau im Zusammenhang mit der Räumung eines besetzten Hauses in Saarbrücken. In diesem Prozeß belastete er die Angeklagte durch eine Falschaussage, was dann prompt im Gerichtssaal aufflog und zu einem Freispruch der Angeklagten führte. (Wegen dieser und weiteren von ihm gegen Linke gemachte Falschaussagen ist er auch als „Meineid -Weiland" bekannt).

Daß es bei der Hausdurchsuchung um mehr als um die Aufklärung einer Farbsprüherei ging, ist offensichtlich. Sie ist als ein Angriff auf eine aktive Antifaschistin und somit als Angriff auf die gesamte antifaschistische Szene zu werten. Sie steht in einer Linie mit zahlreichen weiteren Repressionsmaßnahmen gegen AntifaschistInnen. So wurden letzte Woche drei jüngere BesucherInnen des Infoladens Bambule als Beschuldigte wegen angeblichen Steinwürfen auf das Fahrzeug des Faschisten Frank Mailänder zum Saarbrücker Staatsschutz vorgeladen. Zwei folgten dieser Vorladung auf Druck ihrer Eltern und machten teilweise Aussagen.. Im Juli wurde die einzige Anlaufstelle für AntifaschistInnen und linke Jugendliche in der faschistischen Hochburg Saarlouis, der Infoladen Bambule nach einer Informationsveranstaltung über die Neonaziorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN)[1] von der Polizei gestürmt und durchsucht. Vom Vermieter (ein von Bündnis90/Grüne dominierter Trägerverband) wurde daraufhin der Raum fristlos gekündigt. Dies sind nur zwei Beispiele zahlreicher staatlicher Angriffe in den letzten Wochen.

Solche Repressionsmaßnahmen sind beliebte Mittel der Staatsschutzorgane. Neben der Strafverfolgung oder der Informationsbeschaffung dienen sie der Einschüchterung und der Demonstration ihrer Macht. Es soll Druck auf uns ausgeübt werden mit dem Ziel den antifaschistischen Widerstand lahmzulegen oder gar zu brechen.

Aber wir lassen uns von ihnen nicht unterkriegen !!!

Trotz der Repression den Antifaschistischen Widerstand organisieren !!!

Autonome AntifaschistInnen aus dem Saarland, 31. August 1997

[1] Die Jungen Nationaldemokraten (JN) sind die Jugendorganisation der NPD und die z.Zt. bedeutenste Neonaziorganisation

Zum Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in der BRD und Bayern

Nach der Niederlage am 1.Mai folgt die Zweite.
Der Rudolf-Hess-Gedenkmarsch hat so gut wie nicht stattgefunden. Lediglich in einigen Kleinstädten, sowie in Hannover hat es Aufmarschversuche gegeben.

Dabei wurden die Faschos in Hannover von beherzten Antifas angegriffen.
Auch in Halle soll es Auseinandersetzungen gegeben haben und ausserdem hat es wohl Tobias Kubiaks Auto erwischt, das dieser am Stadtrand abstellen mußte (Quelle: jw und bürgerliche Medien).

Im Großen und Ganzen also eine ziemliche Niederlage für die Neofaschisten, angesichts des 10.Todestages des Hitlerstellvertreters Hess.

Trotzdem sollten wir die beiden Niederlagen (1.5. und 16./17.8.) nicht unterschätzen und im Hinterkopf behalten, dass es der NPD/JN am 1.März gelungen ist, dass erste mal seit bestehen der BRD nicht nur willige Vollstrecker der herrschenden Politik zu sein, wie es unserer Meinung nach in Hoyerswerda und Rostock der Fall war, sondern bestimmender Faktor in einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe!

Das bedeutet einen nicht zu unterschätzenden qualitativen Sprung.
Die stärker werdende Betonung der sozialen Frage, wie an diesem 1.Mai ist ein weiterer Versuch und eine Bedrohung für alle emanzipatorischen Kräfte !

In diesem Jahr konnte Schlimmeres verhindert werden und es gab eine Vielzahl erfolgreicher antifaschistischer Mobilisierungen, wie in Hellersdorf, Aschaffenburg, Leipzig etc.
Die Kampagne AKTION 97 kann an diesen Erfolgen anknüpfen und im Folgenden werden wir unsere Position zu ihr formulieren.

In München gab es am 16.8. die größte uns bekannte lokale Demo mit ungefähr 600 Personen.
Was wir sonst immer so an Demos vermissen hat hier prima gestimmt:
Kurze Redebeiträge, die trotzdem alles Wesentliche rübergebracht haben, eine entschlossene und laute Demo mit vielen inhaltlich z.T. sehr guten Transparenten und eine kurze Route die durch eine belebte Gegend führte und vor der NPD-Zentrale sein Ende fand.

In der Holzstraße provozierten einige Faschos mit Hitlergruß hinter Polizeischutz.
Darauf wurde mit Eiern und Flaschen geantwortet.
Leider gabs auch Festnahmen.
Zum Ende wurde die Fahne der JN verbrannt,was zu ziemlich guter Stimmung verleitete und ein gelungener symbolischer Akt war.

Flaschen flogen, Fahne brannte, Polizisten verletzt

Friedlich hatte der Zug der Antifaschistischen Aktion am Marienplatz begonnen. Mit mehreren Festnahmen endete die Demonstration gegen die Rudolf-Heß-Gedenkmärsche der Neonazis.

Trauriges Finale am Samstag: Die linken Demonstranten bewarfen das Büro der NPD und deren Jugendorganisation mit Flaschen und Eiern. Einige zielten auch auf Polizisten. Die Ordnungskräfte versuchten die NPD-Zentrale in der Holzstraße zu schützen: Eine Flasche erwischte einen Polizeibeamten am Arm. Neun Demonstranten mußten mit auf die Wache.

Die Kundgebung erreichte ihren dramatischen Höhepunkt damit, daß die Fahne der NPD in Flammen aufging. Die Demonstranten quittierten dies mit Beifallskundgebungen. So gaben sie ihrem Groll auf Neonazis Ausdruck.

Gewalttätigkeiten auch auf Seiten der Rechtsextremen. Kahlköpfige Neonazis stürmten nach Ende der Demo aus einem Nebeneingang der NPD/JN-Zentrale. Sie bewarfen Demonstranten mit Flaschen. Eine Schlägerei brach aus. Sieben Rechtsextreme wurden festgenommen.

Polizisten wurden durch die Ausschreitungen von beiden Seiten verletzt. Schnittwunden und Kratzspuren waren das traurige Ergebnis. Trotz der Gewalttätigkeiten spricht Birgit Tögel von der Antifaschistischen Aktion von „einem großen Erfolg": Fast 500 Personen seien an einem Sommertag aktiviert worden, um gegen die militanten Neonazis aufzustehen. „Kein Fußbreit den Faschisten", so eine Parole der jugendlichen Demonstranten.

Punks mit bunt gefärbten Haaren, Pazifisten mit langen Zotteln und Sandalen an den Füßen oder unauffällige „Normalos" - sie alle demonstrierten gegen Neonazis. Doch Faktum ist, daß die Ausschreitungen bei der Schlußkundgebung die politischen Diskussionen überschatteten. Julia Wacker

Die Fahne der NPD wurde in Brand gesteckt.

18. Aug. 1997

500 Menschen zogen durch die Innenstadt - Eier und Flaschen als Antwort auf Hitlergruß - Festnahmen

Zusammen gegen den Naziterror vorgehen!

Soweit wir mitbekommen
haben griffen im Anschluß auf die Demo 10 Faschos eine Gruppe Jugendlicher mit Flaschen an. Verletzte auf unserer Seite gabs dabei keine.Mehr wissen wir aber auch nicht.

Medienmäßig kam die Demo recht gut rüber. In fast allen Zeitungen wurde über sie berichtet und auch im Fernsehen wurde sie gesendet. Demnach kann durchaus von Erfolg gesprochen werden.



Am Sonntag den 17.8. gabs dann die bundesweite Demo in Nürnberg.
An ihr nahmen ungefähr 1000 Menschen teil.
Zu Beginn war die Demo ziemlich powerfull, nach einer halben Stunde senkte sich aber leider die kämpferische Stimmung wieder.

Das lag unserer Meinung nach an der viel zu langen Route und den teilweise menschenleeren Gegenden.
Dazu kam natürlich auch noch, dass ein massives Polizeiaufgebot, die Demo in einen einzigen Wanderkessel verwandelte und damit stark demoralisierend wirkte.

Der vordeste Block war trotzdem recht gut organisiert und kämpferisch.
Die wohl geplanten Aktionen vor der Faschokneipe haben aus welchen Gründen auch immer nicht stattgefunden.

In der Nacht zuvor gab es noch kleinere Auseinandersetzungen vor dem KOMM.
Wir haben diese nur aus Erzählungen mitbekommen, wollen aber trotzdem was zu sagen.
Wir finden es nähmlich etwas Panne, die brutalsten Polizeifestnhmen in der BRD in einem Film zu zeigen, wie wohl geschehen, und anschließend Chaostage über den Kasten flimmern zu lassen, um damit einen künstlichen Riot zu erzeugen.

ES LEBE DIE SOZIALE REVOLUTION !

Der sah dann auch etwas bitter aus. Es sollen nähmlich einige ganz mutige FighterInnen ein Polizeiauto aus dem Hinterhof des KOMMS, über die Wand mit Flaschen und Steinen, sowie Leuchtspurmunition angegriffen haben.

Warum bitteschön macht ihr dass aus den Räumlichkeiten des KOMMs? Lasst es doch lieber gleich bleiben, wenn das Kräfteverhältnis momentan nicht da ist, um es vor der Haustür oder besser in einem etwas entfernten Platz zu machen.

Das Ganze hatte nähmlich zur Folge das sämtlichen KOMM-BesucherInnen die Personalien von den Bullen genommen worden ist.

Das wars erstmal von unserer Seite.

KOMMT AM 27.9. ALLE NACH PASSAU - DVU ANGREIFEN !

UND AM 3.10. NACH STUTTGART UM IHNEN DIE FEIERLICHKEITEN KRÄFTIG ZU VERSALZEN !

P.S.: An einem Strassenfest am 23.8. in München fotografierte die NPD/JN-Kaderin Renate Werlberger mehrere AntifaschistInnen und genoß danach Schutz bei den, in einer Seitenstrasse stehenden Bullen. Kurz zuvor gab sie den Film und Fotoapparat einer Freundin, die wohl glaubte durch geschickte Manöver aus der Sache rauszukommen. Dem war aber leider nicht so. Sie mußte Fotoapparat und Film an engagierte Antifas abgeben.

Da Renate nicht zum ersten mal ihren Anti-Antifa-Aktivitäten nachgegangen ist - schon am 1.März fotografierte sie eifrig AntifaschistInnen - veröffentlichen wir ihre Privatadresse:

Renate Werlberger
Friedrich-List-Str. 107
81377 München
Tel. 089 - 71 32 26

AUTONOME ANTIFAS, 26.8.97

Rechten Konsens brechen!

DEMO

Keine Verharmlosung rechter Gewalt! Kein nationales Jugendzentrum in Saalfeld!
Für das Verbot der neofaschistischen Demonstration!
Keine Duldung und Förderung rechter Strukturen durch Staat und Gesellschaft!
Stop der Kriminalisierung antifaschistischer und antirassistischer Menschen und Initiativen!
Für den Erhalt des Saalfelder Klubhauses der Jugend!



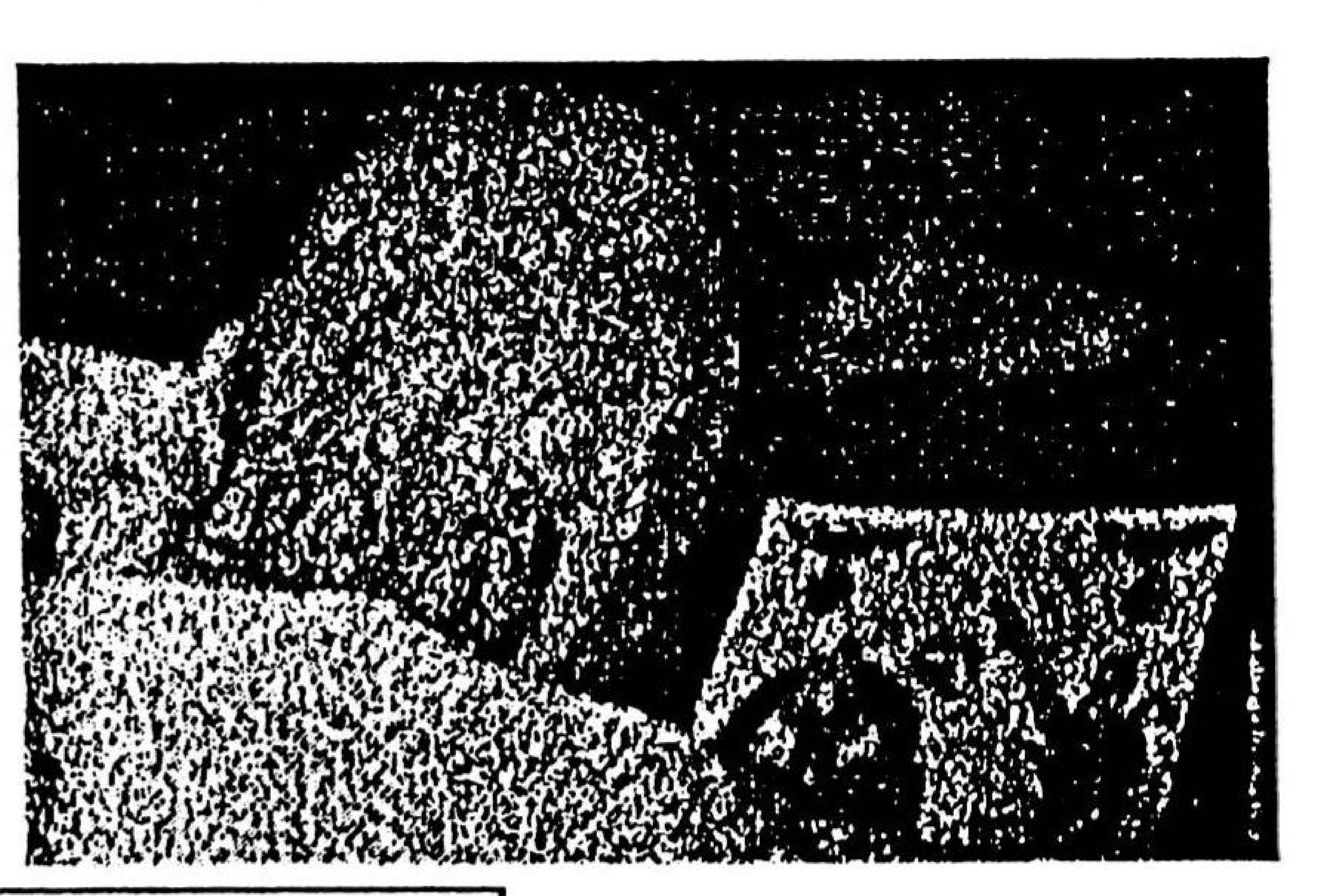
GEGEN RECHTE GEWALT

11. Oktober 1997, 15 Uhr

Bahnhof Saalfeld, Thüringen

DAS RECHTE AUGE FEST GESCHLOSSEN!

Während der Bundesverfassungsschutzbericht eine Zunahme rechter Gewalt und Aktivitäten besonders in Thüringen feststellt und das Bundeskriminalamt ein starkes Anwachsen rassistisch motivierter Straftaten ausmacht, wird in Saalfeld das rechte Auge fest verschlossen gehalten. Der Bürgermeister und die Ostthüringer Tageszeitung (OTZ) sorgen sich um das "Etikett" der Stadt und machen bei den InitiatorInnen der antifaschistischen Demonstration "Unwahrheiten", Fernsteuerung, Unruhestiftung und natürlich einen "Schwarzen Block" aus. Der Chef der Polizeidirektion Saalfeld, Kick, erläutert in der OTZ, daß die Vorkehrungen der Polizei sich derzeit vornehmlich gegen Linke richten würden: „Im Augenblick machen uns die sogenannten (!) Rechten weniger Sorgen." Und für die OTZ, loyales Amtsblatt, ist Rechtsextremismus ein gänzlich importiertes Problem; denn „die echten Nazis" würden wieder aus Saalfeld abreisen! Das Landratsamt schreckt noch nicht einmal davor zurück, die durch die NPD angemeldete bundesweite Gegendemonstration dulden zu wollen und damit der rechten Gewalt Vorschub zu leisten.



Aus Worten werden Brandsätze!

Am 5. August wird eine Rauchbombe unter einen vor dem alternativen Jugendwohnprojekt Schloßberg parkenden PKW geworfen.

Wenige Tage später gehen bei einem der Sprecher der LAG Antifaschismus/Antirassismus massive Drohungen ein. Interessanterweise ist Ziel der Bedrohungen nicht der für den Aufruf verantwortlich Zeichnende, sondern der von der OTZ mehrmals namentlich genannte Sprecher der LAG. Wiederum reagiert die OTZ-Lokalredaktion am 22.8. mit Rufmord gegen die InitiatorInnen. Aus Morddrohungen wird bei der OTZ „Telefonterror", den sie - ohne Beleg - „beiderseitig" feststellt. Der Rauchbombenanschlag sei „ohne Zweifel ein Eingriff in die öffentliche Sicherheit und Ordnung und daher" - nicht etwa wegen des rechtsextremistischen Tatmotivs - „ernst zu nehmen."

Die OTZ hilft mit den beschränkten Mitteln einer Lokalredaktion - nicht ohne Erfolg - zu zündeln!

Auch der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Helmut Roewer, versäumt es nicht, die rechtsextremen Drohanrufe zu verharmlosen. Sie seien „üblich in der rechten und linken Szene - und das wechselseitig." Daß er seinen eigenen Verfassungsschutzbericht nicht zu kennen scheint, interessiert nur noch am Rande, wenn er im MDR fortfährt: „Ansonsten gelte für alle, die sich politisch aus dem Fenster hängen würden, daß sie mit Anrufen von 'Spinnern' rechnen müßten."

Was lehrt uns das? Wehre Dich nicht gegen rechte Gewalt, denn damit wirst Du zum linken Gewalttäter. Und wenn Du es doch tust, entferne Deinen Namen von der Türklingel, verwende Pseudonyme in der Öffentlichkeit und vergiß auch tagsüber niemals das Reizgas. Unterstützung für zivilcouragiertes Handeln kannst Du weder von Bürgermeister, Polizeichef, Lokalpostille noch Verfassungsschutzpräsident erwarten.

Aus:
Bundesverfassungsschutzbericht '96

"(..) Die meisten Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechts-extremistischem Hintergrund ereigneten sich in Nordrhein-Westfalen (1.300, davon 130 Gewalttaten) und **Thüringen** (879, davon 56 Gewalttaten).

Im Durchschnitt ereigneten sich in den neuen Ländern insgesamt **26,4 Straftaten je 100.000** Einwohner, in den alten Ländern 8,4. Die Anzahl der Gewalttaten betrug in den neuen Ländern 2,4 und in den alten Ländern 0,9 Taten je 100.000 Einwohner. (..)"

Da die Staatsorgane eher bemüht sind, die Gefahr des Rechtsextremismus zu bagatellisieren und viele rassistisch- und rechtsmotivierte Gewaltakte nicht als solche registriert werden, ist von einem Vielfachen der o.g. Zahlen auszugehen.

❑

Thüringens Neonazis wissen derartiges zu würdigen und meldeten für den 11.10. in Saalfeld eine Gegendemonstration an, verschärften den Telefonterror und kündigten weitere Angriffe gegen GewerkschafterInnen und das Erfurter Haus der Gewerkschaften an.

In der kleinen Provinzstadt Saalfeld wird Realität, was die große Politik in Gang gesetzt hat.

"... Man muß den Brand nicht selbst legen, aber kann alles dazu tun, damit er gelegt werden kann. Die haben ein Klima geschaffen, das sich gut als Nährboden für rechtsradikale Jugendliche eignet. ..."

(Alisa Fuss, Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte).

Fuss hält die Politik von Kanther, Kohl, Kinkel, aber auch der Sozialdemokraten, die der Abschaffung des Asylrechtes zugestimmt haben, für hauptverantwortlich. ☐

Die Entwicklung der faschistischen Szene im Landkreis Saalfeld/Rudolstadt

Einige Beispiele:

- Am 17. August 1992 marschieren etwa 2.500 Neofaschisten zum Gedenken an Rudolf Heß ungehindert und medienwirksam durch Rudolstadt.
- Vom 11. bis 13. Juni 1993 halten die Vereine "Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes", der "Freundeskreis Ulrich van Hutten" und die "Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V." nahe Saalfeld, im Schutz von Polizei und Wiking-Jugend mit Genehmigung des Landrates Pfeiffer ein Treffen ab.
- Am 30. April 1994 treffen sich etwa 150 Faschisten aus dem gesamtem Bundesgebiet zur Walpurgisnacht am Ortsausgang Saalfeld. Zwei Wochen später, am 14. Mai, findet in Rudolstadt ein angemeldetes und genehmigtes Konzert mehrerer Fascho-Bands statt, welches bundesweit etwa 350 Neonazis anzieht.
- Während am 8. Mai eine Kranzniederlegung von 150 Antifas in Rudolstadt durch die Polizei massiv angegriffen wird und es zu mehreren Festnahmen kommt, gelingt es Neofaschisten mittels einer Bombenattrappe fast, die Gedenkfeierlichkeiten am antifaschistischen Mahnmal in Saalfeld im wahrsten Sinne des Wortes zu sprengen (10. September 1995).
- Im August 1995 treffen sich 70 Neofaschisten aus der Region auf dem Rudolstädter Volksfest und können dort ungehindert Straftaten wie "Körperverletzung" begehen, Parolen skandieren und Propagandamaterial zur Rudolf-Heß-Woche verteilen. Dies wiederholt sich 1996 ähnlich, wobei die anwesende Polizei, statt das Nazitreffen aufzulösen, gegenüber den Antifas Platzverweise erteilt.
- Im September 1996 besetzen etwa 40 Neofaschisten ein altes Fabrikgebäude in Saalfeld, welches von der Polizei schließlich geräumt wird, aber den Anstoß für eine Kampagne zu Gunsten eines "Nationalen Jugendzentrums" bildet. Gleichzeitig bildet sich um den Kontaktmann der Anti-Antifa Ostthüringen und Anmelder verschiedener Rudolf-Heß-Demos und besagten Fascho-Konzertes, **Tino Brandt**, der Deutsche Freundeskreis (DFK). Dessen Betätigungsfeld liegt hauptsächlich in der Rekrutierung und Vernetzung national gesinnter Jugendlicher im Landkreis.
- Oktober 1996: Nach langen Debatten im Stadtrat bekommen junge Rechte von der Stadt einen ausrangierten Bus als Treff gestellt.
- 1997 verstärken die Neofaschisten die Gewaltakte gegen Ausländer und mißliebigen Menschen (siehe Kasten 2. Seite). Außerdem kann man eine zunehmende Verknüpfung von Faschos mit Dealern und der Zuhälterszene bemerken, so versucht etwa der Faschist Marcel Biehl eine Nachtbar mit Animierbetrieb vom Stadtrat Saalfeld genehmigen zu lassen.
- Im Juli '97 wurde im Saalfelder Stadtteil Gorndorf, einer Hochburg rechtsextremer Aktivitäten, ein Jugend- und Stadtteilzentrum eröffnet. Wir erwarten, daß neofaschistischen "Führern" der Zugang versperrt und Konzepte entwickelt werden, die geeignet sind, rechtem und rassistischem Gedankengut entgegen zu wirken!

Keine Duldung faschistischer Zentren!

Alle drei Minuten findet in Europa ein rassistisch motivierter Überfall statt.

(UNHCR)

Den rechten Konsens durchbrechen!

11. Oktober 1997, 15 Uhr, Bahnhof, Saalfeld/Saale

Wir fordern:

Keine Verharmlosung rechter Gewalt in Saalfeld und anderswo!

Kein nationales Jugendzentrum in Saalfeld!

Keine Duldung und Förderung rechter Strukturen durch Staat und Gesellschaft!

Für das Verbot der neofaschistischen Gegendemonstration!

Stop der Kriminalisierung antifaschistischer und antirassistischer Menschen und Initiativen!

Für den Erhalt des Saalfelder Klubhauses der Jugend!

Zur Demonstration am 11. Oktober 1997 rufen auf:

LAG AntiFa/Antirassismus Thüringen; GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus Thüringen; Antifa Saalfeld/Rudolstadt/Ilmenau; Projektwerkstatt Neustadt; Bund der AntifaschistInnen (BdA) Thüringen; Steffen Dittes, PDS MdL; PDS KV Saalfeld; Gewerkschaft ÖTV Kreisverwaltung Jena; Bündnis 90/Die Grünen Saalfeld; Gewerkschaft IGM Jena-Saalfeld und Gera; Gewerkschaft hbv, Bezirksverwaltung Jena und Gera; DGB Jugend/ran e.V. Thüringen; DGB Bildungswerk Thüringen e.V.; DGB-Kreis Ostthüringen; DGB-Regionalkartell; Landesvorstand Bündnis 90 / Die Grünen; DGB-Kreis Mittelthüringen.

Prozeßhilfe - Spendet!

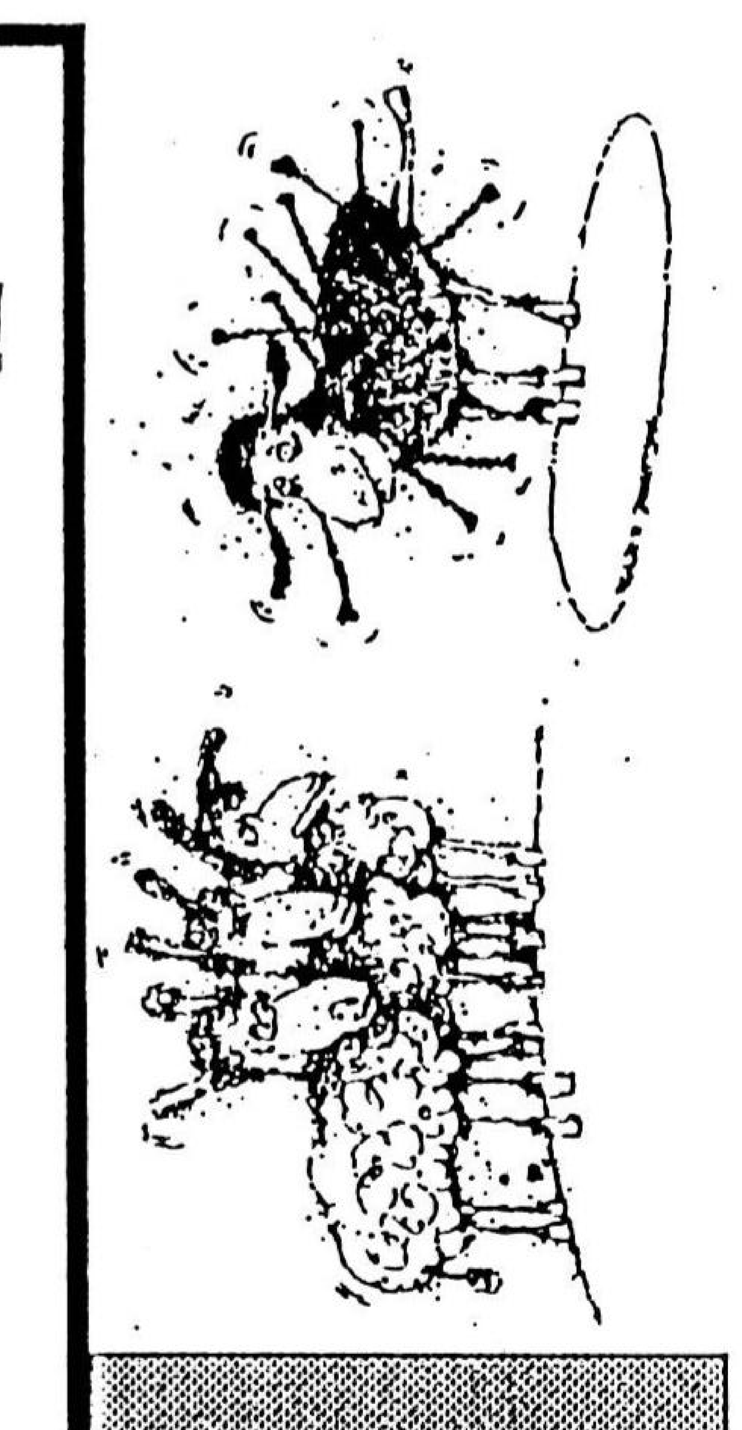
Immer mehr Menschen und Initiativen werden kriminalisiert und können sich auf Grund fehlender Mittel nicht wehren. Die Gerichte billigen in den seltensten Fällen Prozeßkostenhilfe zu. Das Konto der GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus ist in der Vergangenheit öfters dafür genutzt worden. Zuletzt haben wir die Gerichtskosten für Fehmi, Simone und Roland, die einer Flüchtlingsfamilie über die dänische Grenze geholfen haben, getragen.

Zur Übernahme weiterer Prozeßkostenhilfe benötigen wird dringend Spenden!

Spenden an:
Kennwort "Prozeßkostenhilfe"
BfG AG Erfurt, A. Lucifero, Kto.: 2371243701; BLZ: 82010111

Weiteres Material kann bei den GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus angefordert werden. (siehe unten)

ViSdP: GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, Joseph Grüne, Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt



Ankündigung

8. November 1997, Erfurt

Demonstration zum Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht

Parlament gegen Rechts

Mehrgleisig gegen den Strom

Gegen den Strom kämpfen wir in zweierlei Hinsicht: gegen Atomstrom an sich und gegen die herrschende gesellschaftliche Sruktur, die diese Energieform weiter fördert.

Die Vielfalt des Widerstands reicht vom Beten am Bauzaun bis zum Rütteln am selben, von der Klage durch sämtliche Instanzen bis zu Boykott- und Blockadekampagnen, sowie vom Singen gegen den Castor bis zur offensiven Behinderung des Transports. Doch nicht nur die Protestformen sind *mehrgleisig,* auch die Zielsetzungen Castor-Transporte zu behindern bewegen sich auf ganz unterschiedlichen *Gleisen.*

So protestiert der eine, weil er keinen Atommüll in seiner Region haben will, eine andere weil ihr diese Technologie zu risikoreich ist und Radioaktivität in ihrem Müsli ablehnt und wieder ein anderer will die ungeklärte Entsorgungsfrage nicht hinnehmen. Andererseits gibt es den Teil der Anti-Atom-Bewegung, der seinen Kampf gegen Atomanlagen als ein *Gleis* im Kampf um eine freiere Gesellschaft sieht. Dabei geht es mehr denn je gegen den gesellschaftlichen Mainstream, in welchem sich der tägliche Rassismus und Sexismus, der Ruf nach obrigkeitsstaatlichen Maßnahmen und der Glaube an den allein seeligmachenden Kapitalismus als feste Größe etabliert haben.

Diese Vielfalt und unterschiedliche Ausrichtungen des Widerstands, die im Kampf gegen Atomkraft vertreten sind, machen es immer wieder notwendig, über gemeinsame Strategien zu diskutieren, Perspektiven zu finden, über Interessensgegensätze zu streiten und Wege des gemeinsamen Handelns gegen die "Strategien der AtomstrategInnen" zu finden.

Auf der diesjährigen Herbstkonferenz wollen wir über die *Weichenstellungen* der Anti-Atom-Bewegung diskutieren.

Als Programmpunkte sind bereits ein Diavortrag über die Geschichte des Widerstands, ein Workshop über Aktionsformen à la Kommunikationsguerilla und direct action, über "linken-emanzipatorischen" Widerstand in der Anti-AKW-Bewegung, internationale Aspekte der Atomindustrie, die SIEMENS-Kampagne, ein Zwischenbericht von den einzelnen Anti-Atom-Inis usw. geplant. Wenn ihr noch Workshops, Kreatives usw. einbringen wollt oder sostige Anregungen habt, so schnell wie möglich melden!

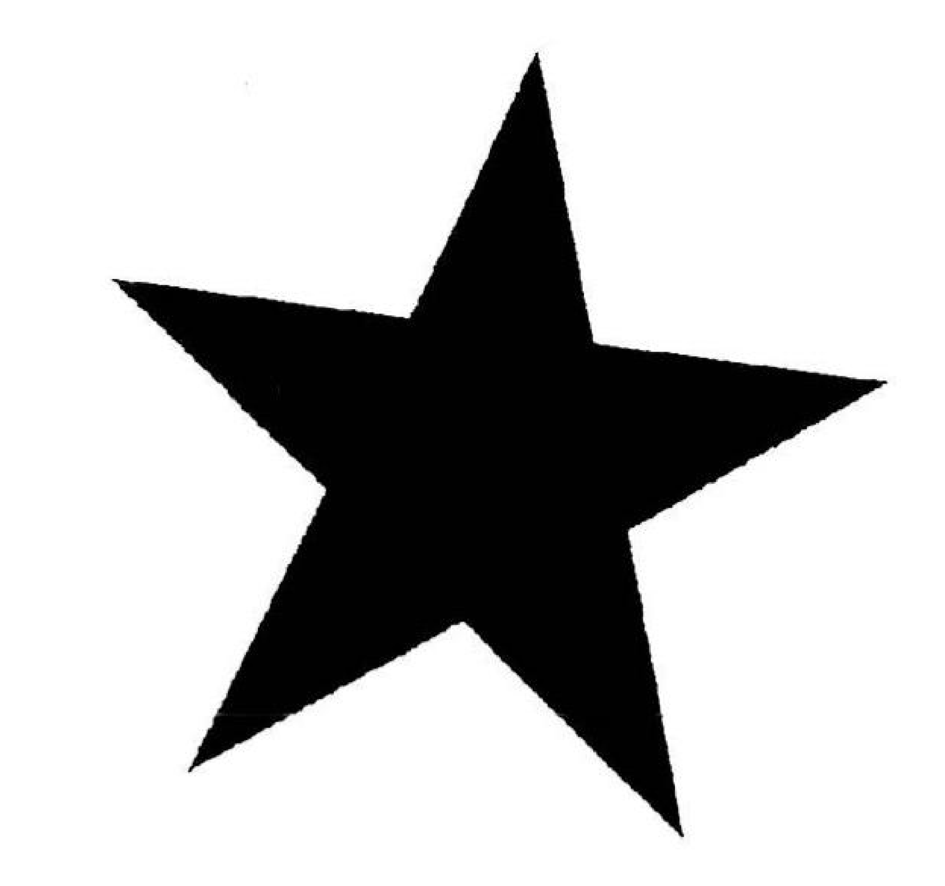
Neben Workshops und Groß-Plenum wird natürlich auch Zeit zum Kontakte-Knüpfen, Diskussionen am Rande oder einfach Abhängen sein. Am Samstag abend seid ihr alle noch zum Anti-Atom-Konzert eingeladen!

melden bei Berit und Felix
c/o AStA
Goßlerstr. 16a
37073 Göttingen
0551 - 394568



Auftakt der bundesweiten

niX mehr!



Kampagne gegen Atomtransporte

20./21.September

SCHIENENAKTIONSWOCHENENDE in Krümmel

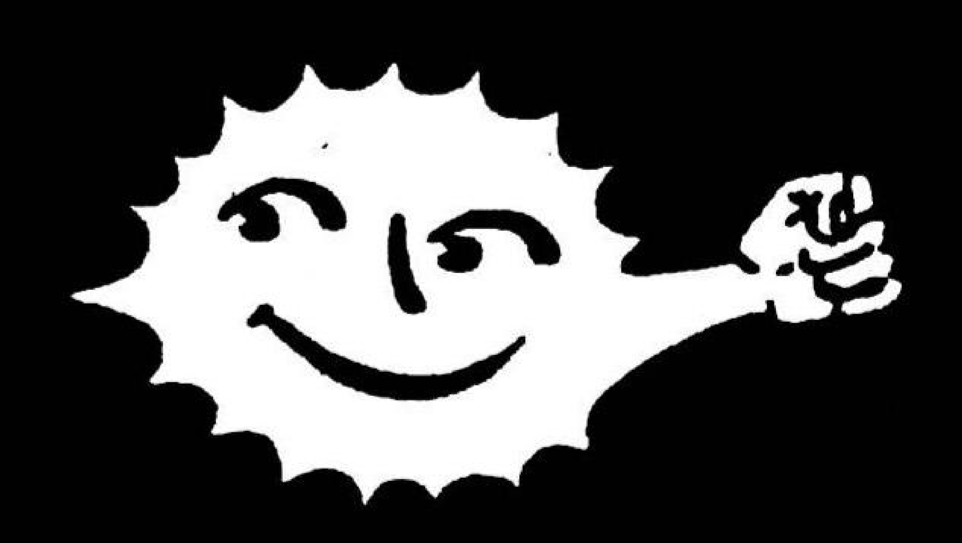
Die bundesweite Kampagne gegen Atomtransporte verfolgt das erklärte Ziel, den politischen und ökonomischen Preis dieser Transporte zu den WAAs massiv in die Höhe zu treiben, um diese Transporte und damit den Betrieb der Atomanlagen unmöglich zu machen.
Wir setzen dem Atomstaat BRD unseren entschlossenen Widerstand entgegen, um einen Beitrag zur Veränderung der herrschenden Verhältnisse zu leisten. Die energie- und gesellschaftspolitisch notwendigen Schritte zur Erhaltung der Lebensbedingungen und zum Aufbau einer herrschaftsfreien, menschlichen Gesellschaft sind nur gegen die Konzerne und die dahinterstehenden politischen Interessen durchsetzbar. Der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung in der Atomwirtschaft setzen wir unsere Solidarität mit den Widerstandsbewegungen in Frankreich, Großbritannien und anderswo, entgegen.
Mit dieser Kampagne knüpfen wir an die verschiedensten Aktionen gegen Atom-Transporte, z.B. in Brokdorf, Neckarwestheim oder Krümmel an. Immer wieder ist es in den letzten Jahren partiell gelungen, diese Transporte zu behindern und politisch zu thematisieren.
Im Rahmen der bundesweiten Kampagne gegen Atomtransporte „NIX mehr" stellt das Aktionswochenende „5000 auf die Krümmel-Schienen" den Auftakt der Kampagne dar.
Mit diesen Aktionen gehen wir nicht nur gegen die gefährlichen Transporte an, sondern gegen den Weiterbetrieb aller Atomanlagen. Die ungelöste Atommüllentsorgung, der jederzeit mögliche Super-GAU eines AKW, die Folgen radioaktiver Niedrigstrahlung im sogenannten Normalbetrieb, die Zerstörung der Umwelltbedingungen durch den Uranabbau in Canada, Namibia und anderswo, all das sind Gründe, die den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie erfordern.
Die Erfahrungen aus Gorleben zeigen: nur der lebendige, massenhafte Widerstand ist in der Lage, den Atom´-Profiteuren die Rote Karte zu zeigen.

Geplant & vorbereitet: vielfältigste Aktionen entlang der Castor-Strecke zwischen Bergedorf und dem AKW Krümmel, Aktionstraining, Veranstaltungen, Aktionen&Aktiönchen, Filme, Musik (Tod & Mordschlag, Die Braut Haut Aufs Auge, Klaus Der Geiger, Degenhardt...), Schienendemontage, Essen& Trinken gegen Spende, noch mehr Aktionen, Diskutieren, Widerstand über den Tellerand, Spaß (jede Menge)...
Mitbringen: Zelt, Zahnbürste, wetterfeste Schuhe, warme Kleidung, Handschuhe, nützliches Zeux, prima Ideen, gute Laune, noch mehr Widerstand, viele Freunde & Freundinnen...



VON BERLIN AUS FAHREN BUSSE:

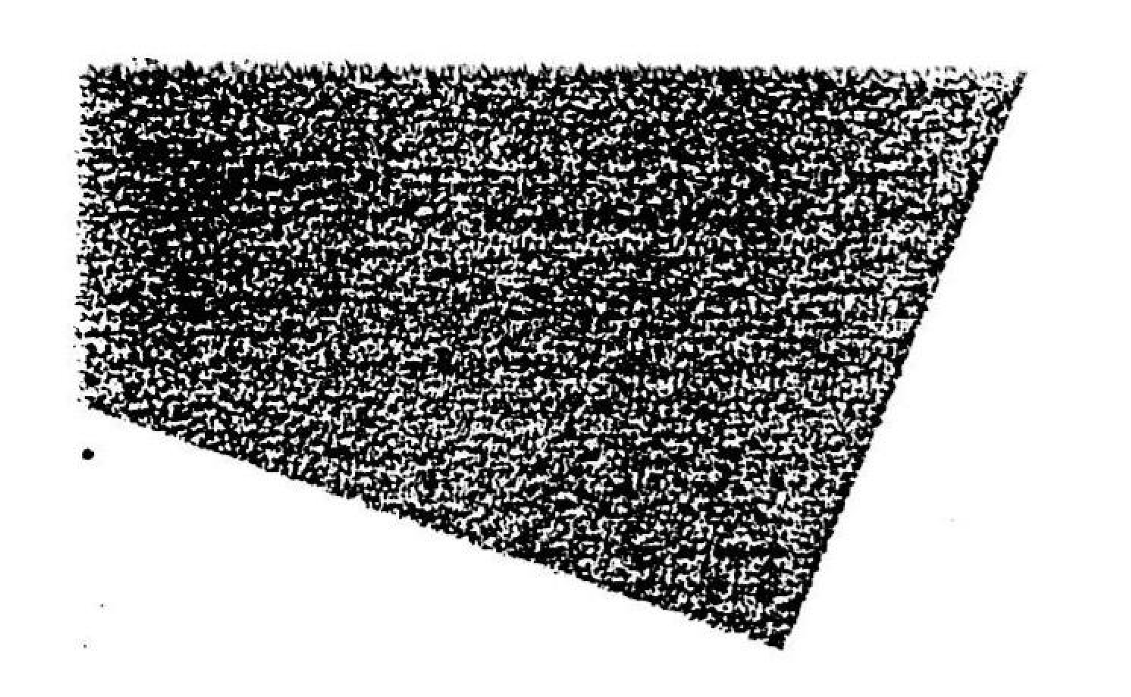
ABFAHRT: Samstag, 20.9. 6.00 Uhr
TU-Mathegebäude, Straße des 17.Juni 136





VORVERKAUF:
Schwarze Risse, EX (Gneisenaustr. 2a) & M99 (Manteuffelstr.99)

... und dann niX wie rauf nach Hamburg...



Initiativen für ein atomfreies Münsterland
Postfach 1632
48666 Ahaus
Tel. 0 25 66 / 96 3 94



Einladung zum INFAM

Bundesw. Vorbereitungstreffen für den Herbstaktionstag

Samstag 20.09.97 14⁰⁰ Uhr

Camp Vorbereitung

Sonntag 21.09. 10⁰⁰ Uhr

Sonntagsspaziergang

14⁰⁰ Uhr

Delegiertentreffen

16⁰⁰ Uhr

Ein volles Programm, da lohnt es sich doch, nach Ahaus zu kommen. Zuerst einmal aber Entschuldigung, daß die letzte Einladung sehr sehr spät erst raus gehen konnte. Der Aufruf zur Sternfahrt nach Neckarwestheim mußte aber unbedingt noch mit rein und war nicht früher bei uns. Wir hoffen, daß dafür um so mehr mitfahren. Die Mobilisierung müßte allmählich eine andere Qualität bekommen. Die Vorarbeiten sind zumindest im vollen Gange. Mittlerweile gibt es nicht nur das BI-Büro, daß für uns alle zur Nutzung offen steht, es gibt auch jetzt einen EA Ahaus, eine Sani-Gruppe, eine AG Kommunikation usw. neben den vier vorbereiteten Camps gibt es jetzt auch ein Kindercamp (Nr. 5) und mehrere weitere Wiesen, die uns zur Verfügung stehen.
Also: Dran bleiben und massenhaft kommen!

Wer von Samstag auf Sonntag bleiben möchte, kann bei uns wegen Schlafplätzen anfragen.

Bis dann/ Tot sins



Spendet dringend an:
UWG-Jugend
Volksbank Ahaus
BLZ: 40163224
KontoNr.: 6734401
Stichwort Castornix

Protokoll

1. X-tausendmal-quer

Hier entstand eine kontroverse und zum Teil sehr hitzige Diskussion, in dessen Verlauf auch Leute das Delegiertentreffen verließen. Hier sind auch Fehler von der BI eingeräumt worden. Die BI Ahaus hat mit Unterstützung aus Lüchow-Danneberg ein sechs seitiges Infoblatt / Aufruf zu ihrer Aktion in einer Auflage von 8000 Stück gefertigt. In diesem Aufruf wird nicht nur der Name X-tausendmal-quer aus Gorleben übernommen, sondern auch das Handlungskonzept. Auch Textpassagen, die andere Widerstandsformen verunglimpfen oder diskreditieren wurden übernommen. In der Diskussion gab es verschiedene Positionen.

Die einen halten das X-tausendmal-quer Konzept für gescheitert. Im Wendland seien Menschen, auch z.T. sehr junge Leute, richtiggehend verheizt worden. Mit dem Eindruck, solange sie sich an „gewaltfreie“ Aktionen beteiligen, könne ihnen nichts passieren, seien viele völlig unvorbereitet in eine Prügelorgie der Polizei geschickt worden. Damals habe es nicht nur viel zu viele Verletzte gegeben, die auch nicht durch eine Verzögerung von so und soviel Stunden zu rechtfertigen sind, es hat auch zu traumatischen Erlebnissen geführt, unter denen heute noch Leute leiden. Es war grenzenlos naiv zu glauben, der Polizei würde es etwas ausmachen , sich „ins Unrecht zu setzen“ wenn sie mehrere hundert friedliche BürgerInnen zusammenschlagen. Der Polizei macht das ganz explizit gar nichts aus. Auch die Aussage, die Polizei könne mit gewaltfreien Aktionen nicht umgehen ist ein Selbstbetrug. Es gibt klar absehbare „Blockadespielregeln“ die diesen Widerstand völlig kalkulierbar machen. Tatsächlich kann es sein, daß in Ahaus nicht einmal ein zeitliche Verzögerung des Transportes erreicht werden kann, da die Polizei nach den Erfahrungen im Wendland einfach ein paar Stunden früher mit der Räumung beginnt.

Eine zweite Position sieht da ähnliche Kritik, besteht aber darauf das ein bunter und vielfältiger Widerstand eben auch solche Aktionen beinhaltet. Wenn wir niemanden zugestehen, die Berechtigung für diese oder jene Widerstandsform in Frage zu stellen, dann gilt dies auch für X-tausendmal-quer. Diesen Leuten geht es in erster Linie darum, den Eindruck der Spaltung oder eines Dominanzanspruchs durch X-tausendmal-quer.

Es ist auch durchaus ein Problem, daß heute schon Gruppen (bislang vor allem aus dem Raum Norddeutschland) klargestellt haben, daß sie sich nicht am Tag X in Ahaus beteiligen wollen, weil sie eine Dominierung durch X-tausendmal-quer befürchten.

Für X-tausendmal-quer spricht, daß die breite Zustimmung, die der Widerstand in Ahaus selbst erreicht hat, nur mit einem ausdrücklich gewaltfreien Konzept erreicht werden kann. Dies betrifft viele BürgerInnen, aber auch die Kirche oder die Landwirte, die ihre Unterstützung andernfalls sehr schnell wieder zurückziehen würde. Auch für andere Widerstandsformen ist dies eine Art Türöffner, da sich sonst viele Menschen eher auf die „Autonomenhatz“ einlassen würden, und uns weder Camps noch andere Unterstützung zu teil werden würde. Es wird keine separaten Camps (hier die bösen – da die guten) geben, sondern den ausdrücklichen Willen zur Zusammenarbeit. Auch das BI Büro steht uns zur Nutzung offen.

Auf der anderen Seite hat X-tausendmal-quer einen hohen Widererkennungswert, und viele Leute betrachten die im Wendland gemachten Erfahrungen nun mal nicht als negativ, sondern im Gegenteil, als sehr positiv. Viele gewaltfreie Aktionsgruppen wie auch viele BürgerInnen ohne Demo-Erfahrung werden sich ausschließlich an diesem Konzept beteiligen.

Der BI-Vertreter räumt da durchaus Fehler ein, wo nicht klar war welche Wirkung mit dem Aufruf erzielt wird. Die BI ist aber klar nicht an einer Ausgrenzung oder Spaltung interessiert. Im Gegenteil will die BI einen gemeinsamen Widerstand, aber auch ihren Teil als gewaltfreie Blockade. Für diese Auflage soll es einen „Beipackzettel“ geben, in dem dieser Umstand klar gestellt wird und auch weitere Campstandtorte genannt werden. Für zukünftige Auflagen soll der Name X-tausendmal-quer wieder verschwinden und durch „wir stellen uns GEMENSAM quer“ ersetzt werden. Außerdem sollen einige Formulierungen geändert werden. Letztendlich erschien diese Lösung für die meisten Gruppen als ein tragfähiger Kompromiss.

2. EA-Ahaus

Es hat sich eine Gruppe konstituiert, die bereit und in der Lage ist, sich als zuständiger zentraler Ermittlungsausschuß Ahaus zu sehen. Es gibt die Gruppe mit einer Reihe von erfahrenen Leuten und Kontakten zu Rechtsanwälten. Neben diesem EA soll es keine Konkurrenz- oder Paralelstruktur geben, da dies nur zu Verwirrung führen würde. Der EA Ahaus stellt sich auf einen Zeitraum von rund 1 ½ Jahren Prozeßarbeit nach dem Tag X ein. Was noch fehlt sind weitere vertrauenswürdige Rechtsanwälte. Der EA Ahaus ist zur Zeit zu erreichen über das Umweltzentrum Münster.

3. Kommunikationsgruppe

Bislang gab es zwei Treffen von Leuten, die sich um Kommunikationsstrukturen kümmern Geplant sind ein Telefonnetz und ein Meldenetz (Auto-, Fahrrad- ,MotorradmelderInnen), die zwischen Camps, Aktionsgruppen, Sani's, Ermittelungsausschuß und Delegiertentreffen, Demoleitung Pressegruppe usw. die Verständigung sicher stellen wollen. Auch die Komm-Gruppe ist über das Umweltzentrum Münster zu erreichen.

4. Schienenaktionstag

Plakate und Aufrufe sind fertig. Das Konzept bleibt dabei, daß es ab Freitag die Möglichkeit gibt zu Campen, am Samstag der Schienenaktionstag ab 13[00] Uhr eventuell mit CASTOR-Parade und am Sonntag den Sonntagsspaziergang der BI ebenfalls über die Schienen. Der EA steht für den Aktionstag. Es soll auf jeden Fall im September ein bundesweites Vorbereitungstreffen geben. Bislang gibt es wenig Echo.

5. Sexismuspapier

Aufgrund der Vorfälle beim X3 im Wendland hat INFAM ein Papier zur Diskussion gestellt (in der letzten Einladung). Dies Papier zieht die Konsequenz daraus, daß es nicht reicht, Frauenbereiche auf den Camps zu installieren, sondern verlangt das alle eine klare Position zu sexistischen Belästigungen und Angriffen einnehmen. Das heißt für uns, daß jeder Kerl, der sich so verhält vom Camp fliegt und nach Hause fährt. Punktum. Der zweite Punkt ist der Umgang mit einer Situation wie im Wendland. Als dort eine Vergewaltigung bekannt wurde, zeigten sich zwar alle erst einmal tief betroffen und sehr verunsichert, es kamen aber auch Argumente, mit denen dies Verbrechen unter den Tisch gekehrt werden sollte (Wenn die Medien davon Wind kriegen wird die ganze Anti-AKW Bewegung in Verruf gebracht.) usw.. Vor allem halten wir es für unerträglich, nach so einer Sache so weiter zu machen, als sei nichts geschehen. Da dies für uns unmöglich erscheint haben wir gesagt, wir würden in so einem Fall unsere Funktionen niederlegen und dazu aufrufen, alle Camps und alle Aktionen zum Castor abzublasen.

An diesem Punkt setzte eine Diskussion ein, die ich wohl kaum objektiv wiedergeben kann. Ich bitte darum um Verständnis, wenn ich die ein oder andere Aussage nicht ganz so wiedergebe, wie sie vielleicht gemeinsam.

Pro: Einige Leute meinten, eine solche Handlung (Abbruch des TagX und der Camps) wäre ein klares Zeichen, daß für uns eine Vergewaltigung kein bedauerlicher Zwischenfall oder eine Randerscheinung ist. Außerdem würden damit Prioritäten und Wichtigkeit klargemacht. Demnach ist der CASTOR nicht wichtiger, als ein derartiger sexistischer Angriff auf eine Frau.

Contra: Hauptargument dagegen war, daß Frauen die Befürchtung hatten, wir würden der Polizei damit eine billige Möglichkeit bieten, alles abzublasen. Sie sahen allen ernstes eine realistische Möglichkeit darin, daß die Polizei einen Provokateur einschleusen könnte, der dann eine Frau vergewaltigt damit der Tag X abgeblasen wird.

Wir können, vorsichtig ausgedrückt, dieser Argumentation nicht folgen. Leider wurde die weitere Diskussion wieder einmal verschoben und „wichtigeren“ Themen geopfert. Es gab den Vorschlag, daß es bis zum nächsten Delegiertentreffen Änderungs- und Verbesserungsvorschläge zu uns geschickt werden und wir daraus einen Kompromißbeschluß zusammen zimmern, der dann, eventuell vom nächsten Treffen verabschiedet werden kann.

Was fehlt: **Bericht vom Treffen in Ludwigsburg und Sonntagsspaziergang vorbereitet von OWL**

150 JAHRE SIND GENUG!

SIEMENS ENTEIGNEN!

ANTI-SIEMENS-DEMONSTRATION

11.OKTOBER '97
12 UHR
BREITSCHEIDPLATZ
BERLIN

ZUSAMMEN KÄMPFEN!

SIEMENS ABSCHALTEN!
SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN WELTWEIT!
SOFORTIGE STILLEGUNG DES HERRSCHENDEN SYSTEMS

Im 150. Jahr seines Bestehens will der Siemens Konzern im Berliner Internationalen Congress Centrum (ICC) am 11./12. Oktober seine „Erfolge" feiern. Unter Beteiligung von Bundesregierung und Hochfinanz soll der Anlaß dazu dienen, eine Version der Konzerngeschichte abzufeiern, welche die tatsächlichen Grundlagen des heutigen „Erfolges" verleugnet.

...150 JAHRE SIND GENUG!

Ob es um die aktive Rolle bei der Machtübergabe an die Faschisten geht, die Kooperation mit der SS bei der massenhaften Zwangsarbeit und die bis heute ausbleibende Entschädigung, die aktive Rolle der „Carl-Friedrich- von-Siemens-Stiftung" in München beim Aufbau der intellektuellen „neuen" Rechten, der (Bomben)-Bau in Garching, die Planung von neuen Atomkraftwerken durch Änderung des Atomgesetzes, Aus- und Weiterbau von Atommeilern im ehemaligen Ostblock, die von Siemens weltweit vorangetriebene Politik der patriarchalen und rassistischen Herrschaftssicherung wie z.B. in der Türkei, Nigeria und anderen Diktaturen, die führende Rolle im Militärelektronik- und Rüstungssektor. Es gibt kaum eine Schweinerei, vor der Siemens im Dienste des Profit nicht zurückschreckt.



Viele dieser Themen sind Anlaß für verschiedenste Menschen und Initiativen, sich kritisch mit Siemens auseinanderzusetzen. Für die sofortige Entschädigung aller ehemaligen ZwangsarbeiterInnen des Siemens-Konzerns und für die sofortige Schliessung aller atomtechnischen Betriebe des Unternehmens setzen sich Antifaschistische Organisationen und Hinterbliebenverbände, kritische AktionärInnen und AtomkraftgegnerInnen ein. Mehr als 800 Verbände und Organisationen sowie tausende von Einzelpersonen im In- und Ausland haben sich diesen Forderungen angeschlossen.

Wir meinen, daß das Thema Siemens eine gute Gelegenheit darstellt, über die einzelnen Detailthemen hinaus Herrschaftsverhältnisse aufzuzeigen; das Ineinandergreifen von faschistischen und kapitalistischen Verwertungsinteressen deutlich zu machen und damit dieses Gesellschaftssystem insgesamt anzugreifen.

Demo und Gegenveranstaltungen:

Aus diesen Gründen rufen wir für den **11. Oktober** zu einer **Demonstration mit bundesweiter Beteiligung** auf. An diesem Tag findet im ICC eine internationale Führungskräftetagung des Konzerns statt. Am 12.10., dem Tag der zentralen Jubelfeier, wollen wir im Rahmen einer Gedenkveranstaltung gemeinsam mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen deren Forderung nach sofortiger Entschädigung unterstützen. Zur Finanzierung der Reisekosten wird am 4.10. im EX eine Soliparty veranstaltet. Desweiteren wird es eine Reihe von Veranstaltungen geben, die sich mit den einzelnen Themenkomplexen eingehender beschäftigen.
Ein Veranstaltungskalender ist z.Z. in Arbeit, weitere Aktionsideen und Veranstaltungshinweise werden ausdrücklich begrüßt und können noch eingebracht werden. Das Aktionsbündnis trifft sich jeden Donnerstag um 19 Uhr im Mehringhof, Blauer Salon.



Plakate und Aufrufe könnt Ihr bestellen bei:
Aktionsbündnis Unabhängiger SiemensGegnerInnen
c/o Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax: 030 6919463

Kein Vergeben kein Vergessen!

ZwangsarbeiterInnen entschädigen!

ZUSAMMEN KÄMPFEN!

GEGEN DIE ALLIANZ VON STAAT, KAPITAL UND ATOMWIRTSCHAFT!

http://ourworld.compuserve.com/homepages/Critical_Shareholders/siemens. htm

VisdP.: Heinrich Meier. Siemensdamm 37, 13627 Berlin

OOOUUUPS! kalender

KIEZDISKOTHEK
prenzlauer berg

3. Oktober
21 Uhr KvU
Kremmener Str. 9-11

Waahnnsinn!! in Mitte!! Friedlhainer DJ's!!

M 99

Politische Kneipe & vegetarische Vokü
Manteuffelstr. 99 - Kreuzberg

geöffnet jeden Donnerstag ab 19.00 Uhr

Futtern (3,-- DM) — Filme (ab 21.00 Uhr)

4. September — **Dopemania**
Anti-Kiffer "Aufklärungsfilme" aus dem Amerika der 30iger bis hin zu den 60iger Jahren. Agitation in Reinkultur.

11. September — **Kameradinnen / Wahrheit macht frei**
Zwei Dokus über faschistische Gruppen und ihre internationale Vernetzung untereinander. Der erste Film behandelt die oft übersehene (ignorierte) Rolle von Frauen im rechten Sumpf

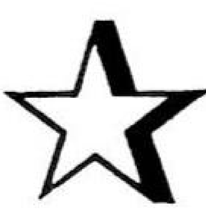
18. September — **Der kleine Punker**
Zeichentrickfilm über Punker, Bullen, die BVG und Kreuzberg. Nach dem gleichnamigen Kultcomics gedreht.

25. September — **Der gewöhnliche Faschismus (UDSSR 1965)**
Sehr interessante Bilder und Analysen über den Hitlerfaschismus.

Trotz Schönblöds Räumungswahn - Linksradikale Strukturen erhalten

Samstag, 6.9.97 ab 22.00 Uhr
Konzert in der KØPI
mit den Punk-Bands

CRESS (GB)
INFEKCJA (PL)



(Köpenicker Str. 137, U-Bhf Heinrich-Heine-Str.)



Die Veranstaltungen finden statt im:
A-Laden, Rathenowerstraße 22,
U-Bhf. Birkenstraße, Bus 227 / 340
Beginn ist jeweils um 19.30 Uhr

Projekt Arthur - *BRD 1987 - 72 Min - Medienwerkstatt Freiburg*: Ende der 60er Jahre: die Nachkriegsgeneration war angetreten, sich von dem Nazi-Erbe zu befreien, ein Schatten von Revolution liegt über dem Land. Doch es ist der Schatten der Revolution einer anderen - der hungernden, ausgeplünderten und von Bomben zerfetzten Welt. Und wenn es ein Wort gibt, das alle Diskussionen in dieser Zeit in sich vereint, so ist dies: „Vietnam". Dann der Tod von Benno Ohnesorg; der Staat hatte gezeigt, zu welchen Mitteln er greift, wenn eine Bewegung auf ihr Recht, das Recht auf Widerstand pocht. „... bisher haben wir da die richtige Antwort nicht gefunden, wir dürfen aber von vornherein nicht auf eigene Gewalt verzichten, denn das würde nur ein Freibrief für die organisierte Gewalt des Systems bedeuten." (Rudi Dutschke, Filmzitat) Während die einen noch diskutierten, haben andere die Frage längst praktisch entschieden. Sie nannten sich „Haschrebellen", „Tupamaros Westberlin" und hatten weit entfernt von den Universitäten eine eigene politische Kultur entwickelt, wo einfach klar war, „daß, wenn wir nicht das mit der Solidarität mit der dritten Welt wirklich ernst meinen, dann müssen wir den Feind hier bekämpfen." (Norbert Kröcher, Filmzitat). Die Gewaltfrage in der StudentInnenbewegung 1968. Herausbildung der Gruppen „Bewegung 2. Juni" und „RAF"
1997, Dienstag 23. September

„was aber wären wir für menschen ..." - *BRD 1993 - 70 Min - gruppe 2:* Der Film zeigt die Geschichte von politischen Gefangenen in der BRD und ihren Kampf gegen die unmenschlichen Haftbedingungen. Zwei Jahrzehnte wurde von PolitikerInnen, Bundesanwaltschaft und Vollzugsorganen versucht, die Mobilisierung gegen die für RAF und andere Gefangene geltenden Sonderhaftbedingungen zu kriminalisieren. Die in Umlauf gebrachte einfache Formel: „RAF = Terrorismus", „Widerstand = RAF", „Kampf gegen Haftbedingungen = Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" wird nicht hinterfragt von der herrschenden Geschichtsschreibung übernommen. Der Film versucht die Geschichtsschreibung vom Kopf auf die Füße zu stellen: Der bewaffnete Kampf wurde von den Mitgliedern der RAF als letzte verbleibende Möglichkeit zum Widerstand gegen den verbrecherischen Krieg in Vietnam begriffen. Recht schnell definierte die BRD, die den Krieg der USA in Vietnam mit 50 Milliarden DM mitfinanziert hatte, die Angriffe der RAF auf das Hauptquartier der US-Streitkräfte als Terrorismus. Der bisher veröffentlichte 1. Teil des Films behandelt die Zeit von 1967 bis 1977. Er enthält Interviews

Wer hat Interesse und Zeit ?

Wir suchen noch Menschen die sich an unserem Seminar „Rechtsextremismus und Antifaschismus in den 90' " aktiv beteiligen möchten ! Das bedeutet interessante Informationen zu diesen Themen vorzuführen.
Zeit 14. - 16. 11. 1997
Bündnis gegen Rechts Schwerin

Kontakt über : A - Info W/M
c/o A.R.P. T.R.- Bündnis
Am Marienkirchhof 5
23966 Wismar (Mecklenburg)

---

samstag • 20.09.97
Manteuffelstr. 99 ab 19 Uhr
Kreuzberg • U-Bhf. Görlitzer Bhf.
V.i.S.d.P. Lady Di • Auf den Wolken 7 • 10999 Berlin

Antifa-Party
zur Eröffnung des Antifa-Jugend-Cafés im M 99

Lichtblick-Kino
Wolliner Str.19 · Berlin-Mitte
Tel: 4286271 · Fax: 4286291

18.09. 19.00 h Holger Meins - ein Versuch - unsere Sicht heute
20.30 h Projekt Arthur - die Bewegung 2.Juni
22.00 h Stammheim - der Prozeß

fr 19.09. 19.00 h Projekt Arthur
20.30 h Holger Meins - ein Versuch - unsere Sicht heute
22.00 h Stammheim - der Prozeß

sa 20.09. 18.30 h Projekt Arthur
20.00 h Die bleierne Zeit
22.00 h Stammheim - der Prozeß

so 21.09. 17.00 h Was aber wären wir für Menschen
18.30 h Projekt Arthur
20.00 h Die bleinerne Zeit
22.00 h Holger Meins - ein Versuch - unsere Sicht heute

mo 22.09. 18.30 h Die bleierne Zeit
20.30 h Projekt Arthur
22.00 h Die bleierne Zeit

di 23.09. 19.00 h Holger Meins - ein Versuch - unsere Sicht heute
20.30 h Projekt Arthur
22.00 h Die bleierne Zeit

mi 24.09. 18.00 h Ernesto Che Guevara - das bolivianische Tagebuch
20.00 h Die bleierne Zeit
22.00 h Die bleierne Zeit

do 25.09. 18.00 h Berkeley in the Sixties
20.00 h Ernesto Che Guevara - das bolivianische Tagebuch
22.00 h Die bleierne Zeit

fr 26.09. 18.00 h Berkeley in the Sixties
20.00 h Ernesto Che Guevara - das bolivianische Tagebuch
22.00 h Die bleierne Zeit

sa 27.09. 18.00 h Berkeley in the Sixties
20.00 h Ernesto Che Guevara - das bolivianische Tagebuch
22.00 h Die bleierne Zeit

so 28.09. 18.00 h Willi Münzenberg - Propaganda als Waffe
19.00 h Antonio Gramsci
20.00 h Ernesto Che Guevara - das bolivianische Tagebuch
22.00 h Berkeley in the Sixties

mo 29.08. 18.00 h Berkeley in the Sixties
Che Guevara - Filmabend:
20.00 h Che Guevara - ein Portrait + kubanische Che - Filme
22.00 h Ernesto Che Guevara - das bolivianische Tagebuch

di 30.09. 18.00 h Willi Münzenberg - Propaganda als Waffe
19.00 h Antonio Gramsci
20.00 h Ernesto Che Guevara - das bolivianische Tagebuch
22.00 h Berkeley in the Sixties

Di. 16.09. Video **Der Dokumentarfilmabend - Bilder von Amerika** 20.00 Uhr
Shermans March, Ross McElwee, 1986, 155 min.
Ross McElwee begibt sich auf die Spuren des Nordstaatengenerals Sherman. Eine Spur von Verwüstung, die auch heute noch zu erkennen ist. Andererseits, all das ist schon lange her und Ross McElwee begegnet auf seiner Reise vielen sehr lebendigen Menschen, die viel interessanter sind als General Sherman. Ein Film über ein sehr privates Amerika.

Mi. 17.09. Vortrag **Nazi - Historie des VW-Konzern, 2. Teil** 20.00 Uhr
Info-Veranstaltung mit Videoausschnitten
Wie entstand das VW-Werk? Welche Produktion war vorrangig - die militärische oder die zivile? Eng verbunden mit VW steht der Name Porsche. Welche Rolle spielte er bei der Errichtung des VW-Werkes? Ein Auto für den >>kleinen Mann<< versprach Hitler - was wurde daraus? Vom Volkswagen zum Kübelwagen, eine „nationalsozialistische Konversion" mit Folgen.

Do. 18.09. Video **Elfriede Jelinek - Abend -** 20.00 Uhr
Gegengift - Das Theater der Jelinek, Bloß kein Theater - Dokumentation, 25 min.
Wolken.Heim. Theaterstück von Elfriede Jelinek, Insz: Jossi Wieler am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg, 80 min.
Die gehaßte Frau Jelinek. Die Autorin und ihre Werke, 60 min.

Sa. 20.09. Theater **Cactus, ein-mensch-theater, präsentiert:** 20.00 Uhr
Nicht schlecht, Herr Brecht! oder: Theater - was ist das?
ein narr-haft improvisiertes Lehrstück in sieben Aufzügen, von und mit Günter Wagner

So. 21.09. Theater **Cactus, ein-mensch-theater, präsentiert:** 20.00 Uhr
Nicht schlecht, Herr Brecht! oder: Theater - was ist das?
ein narr-haft improvisiertes Lehrstück in sieben Aufzügen, von und mit Günter Wagner

Di. 23.09. Video **Der Dokumentarfilmabend - Bilder von Amerika** 20.00 Uhr
Roger and me, Michael Moore, 1989, 87 min.
Flint in Michigan - der Geburtsort von General Motors. Aber was solls - wenn man anderswo billiger produzieren kann, dann wird Flint eben dichtgemacht. Michael Moore's sarkastischer Film zeigt in einer harten Kontrastmontage was das bedeutet: Während Mieter aus ihren Häusem geräumt werden, feiem die oberen Zehntausend eine Einweihungsparty im Gefängnis. Michael Moore versucht, den Chef von General Motors, Roger Smith, zur Rede zu stellen. Ein steiniger Weg...

Mi. 24.09. Video **Der VW - Komplex,** 90 min. 20.00 Uhr
Dieser Film ist beinahe in „Erzähl-Form" dargestellt. Der Filmemacher berichtet von den Anfängen der Nazizeit bis heute. Ende der 80er Jahre vom Robotereinsatz. Es ist tatsächlich ein Komplex das zugleich den Menschen „ganz unkomplex" in eine Massen-Arbeits- und Schlafstätte hinterlässt. Alles scheint berechnet zu sein - eben ein >Komplex<! Der Film gibt Anlaß zum kritischen Nach-denken.

Do. 25.09. Video **Fürchten und Lieben,** BRD/F/I 1988, 110 min. 20.00 Uhr
Regie: Margarethe von Trotta
Der Film basiert, wenn auch nur in seiner Grundstruktur, auf Tschechows Schauspiel „Drei Schwestem". Margarethe von Trotta läßt ihre drei Schwestem in der italienischen Universitätsstadt Pavia an Gesellschaft und Umwelt leiden.

So. 28.09. Video **Homo Faber** BRD/Fr./Griechenland 1991, 117 min. 19.00 Uhr
Regie: Volker Schlöndorff, nach dem Roman von Max Frisch
Walter Faber ist Ingenieur. Sein Beruf und sein Weltbild sind aus einem Stück: Er hat sein Leben im Gefüge von Berechenbarkeiten fest im Griff. Große Gefühle oder Unsicherheiten haben da kein Platz. Aber als der rastlose 50jährige die bezaubemde Sabeth kennenlemt, ändert sich alles. Dem selbst-beherrschten Techniker wird seine Welt zu klein - er sehnt sich nach Gefühlen, sehnt sich nach einem Leben, das er bisher bewußt ausgeklammert hatte. Aber die Liebesgeschichte, die für Faber ein Aufbruch werden könnte, ist nur der letzte Schritt seiner Tragödie: Sabeth ist seine Tochter - das Kind aus einer lange schon beendeten Beziehung.

El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin, tel. 785 99 73

Donnerstag 18.9.:

Die dritte Generation

BRD 1978 R: R.W.Fassbinder mit: Hark Bohm, Eddie Constantine, Udo Kier, Hanna Schygulla

Eine bitterböse und grell inszenierte Komödie über die gesellschaftspolitische Intstrumentalisierung des "Terrorismus": Während die Aktivisten, die einen US-Industriellen entführen, und ihre Motive eher ins Lächerliche überzeichnet werden, läßt Fassbinder einen Kommissar die These vertreten, der Staat habe den Terrorismus erfunden, um die bürgerlichen Freiheiten einschränken zu können und das Kapital zu schützen.

EINTRITT FREI **BAOBAB Infoladen, Christburger Str. 3, 10405 (P'berg)**

neugier ausprobieren
anfangen mythen avantgarde

Berlin-Treptow, Bouché-Straße 75, 200 Meter hinter Kreuzberg

Gespräche über den Ozean

Fr., 26. September **19.30** **im Zirkus Cabuwazi**

Julio Marenales
Marta Durán
N.N. (angefragt)

Jungle World Diskussion

Hammer, Zirkel, Davidstern

Vom Antizionismus
zum Antisemitismus?

Angelika Timm
Autorin des Buches
»Hammer, Zirkel, Davidstern – Die SED und der Staat Israel«

Jürgen Elsässer
Redaktion Jungle World

Freitag, 5. September
20 Uhr, Kato
U-Bhf Schlesisches Tor
Berlin-Kreuzberg



NUR FÜR FRAUEN/LESBEN

Samstag 20.9.

SOMMER-
PARTY



U Mehringdamm

fight repression!

solidarität!

tanzen!

fr. 19.september

lychener straße 60 20 uhr



3.10. 20 Uhr: Die Rolle von Siemens im Atomstaat. Veranstaltung im Größenwahn, Kinzigstr. 9, HH +++ 10.10. 20 Uhr Demo-VV im Versammlungsraum, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a +++ 11.10. 12 Uhr Demo gegen Siemens, Breitscheidplatz +++ 11.10. 19 Uhr Veranstaltung: „Die Carl Friedrich von Siemens-Stiftung - eine Denkfabrik der neuen Rechten", Versammlungsraum, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a +++ 12.10. 13 Uhr Protest- und Gedenkveranstaltung für die Entschädigung von Siemens-ZwangsarbeiterInnen, Weiße Rose, Martin-Luther-Str. 77 +++